BRUCHSTELLEN ABC

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien — *Nummer 59 / Jahr 6* — *Wien, Juni 2020*

Editorial

Bruchstellen ist der monatlich erscheinende Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist*innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Der Fokus liegt auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

[Italien] Situation von Andreas Krebs (Update II / Mai 2020)



Wie wir vor Kurzem erfahren haben, hat Andreas nun endlich nach langem Hin und Her seine vollständige Krankenakte von den Behörden bekommen. Diese gibt Aufschluss über das Verhalten der Gefängnisbehörden in Neapel und die bodenlose Ignoranz gegenüber Andreas‘ Gesundheitszustand.

In der Akte befinden sich Berichte und Diagnosen, die bei Untersuchungen in unterschiedlichen Krankenhäusern außerhalb des Gefängnisses vom Jänner bis Dezember 2019, erstellt wurden. So wird bereits in einem Bericht vom 17.01.2019 von einem bösartigen Karzinom gesprochen. Ende des Jahres, im Dezember 2019, ergab eine Untersuchung im Krankenhaus, dass bei Andreas mehrere bösartige Tumore festgestellt wurden. Diese Untersuchung fand nach Andreas Suizidversuch statt, und das Ergebnis wurde danach auch an die Haftanstalt und die dortige Klinik übermittelt. Ein Bericht von November/Dezember 2019, der nach einer externen Untersuchung in einem Krankenhaus erstellt wurde und anschließend ebenfalls an die Haftanstalt übermittelt wurde spricht davon, dass Andreas zu „99.9% unheilbar krank“ sei.

So bestätigen sich nun Vermutungen, die schon länger im Raum standen. Die Behörden haben bisher jegliche Information über Andreas Gesundheitszustand verheimlicht und sowohl Andreas als auch seinen Anwalt im Dunklen über seine schwere Krankheit gelassen. Dass Andreas schwer krank ist war klar, aber genaue medizinische Einschätzungen, die aufgrund der Untersuchungen in den vergangenen 1,5 Jahren erstellt wurden, hatten die Verantwortlichen in Italien bisher zurückgehalten. Also weder die Gefängnisleitung noch die behandelnden Ärzt*innen in der Knastklinik haben irgendeinen dieser Berichte und dessen Diagnosen Andreas mitgeteilt. Andreas Anwalt hat mittlerweile eine Klage gegen den verantwortlichen Arzt in der Haftanstalt eingereicht.

Andreas befindet sich zur Zeit nach wie vor auf der Krankenstation des Knastes und wartet auf eine Überstellung zur längst überfälligen OP. Aufgrund der nun bekannten Akten ist Andreas‘ persönliche Einschätzung, dass die Ärzte es so lange hinaus zögern, weil er sowieso unheilbar krank ist.

Das Gefängnis vernichtet die Gefangenen nicht nur psychisch, sondern, wie es der Fall Andreas Krebs zeigt, auch physisch. Die Unterlassung einer angemessenen medizinischen Behandlung hat Andreas über die letzten Jahre zerstört. Obwohl von ihm selbst, von seinem Anwalt, Angehörigen und seinen Unterstützer*innen immer wieder auf seine Beschwerden aufmerksam gemacht wurde, haben die Verantwortlichen in Neapel alle Hinweise ignoriert. Sie haben trotz offizieller ärztlicher Diagnosen ganz bewusst nichts gemacht, um Andreas‘ Leben zu retten. Sie haben die bekannten Fakten über Andreas‘ Krankheiten bis vor Kurzem vertuscht. Andreas‘ Tod ist ihnen egal, sie warten nur mehr darauf. Sie schauen mit offenen Augen dabei zu, wie er stirbt.
Das nennen wir Mord.

Wir alle wissen, wer die Verantwortlichen sind. Lasst uns noch einmal Druck ausüben und versuchen auf allen Kanälen zu intervenieren.

Bitte schreibt Andreas weiterhin, und lassen wir ihn mit dieser Situation nicht alleine! Unter folgender Adresse könnt ihr Postkarten und Briefe an ihn schicken!

Freiheit für Andreas Krebs!
Freiheit für alle Gefangenen!
Nieder mit den Gefängnissen und ihrer mörderischen Logik!

ABC Wien, Ende Mai 2020

Jetzt ist schon wieder was passiert… Kriminalisierung von linkem Aktivisten in Salzburg

quelle: mollysbg.noblogs.org



Ein linker Aktivist aus Salzburg sieht sich aktuell mit dem völlig haltlosen Vorwurf der „Sachbeschädigung in 22 Fällen“ konfrontiert. Die Person war einer Ladung zur Einvernahme wegen des Verdachts auf Sachbeschädigung gefolgt. Vorausgegangen war dieser Ladung eine wahrlich akribische Untersuchung von 22 Tags, die im Jänner 2020 in Schallmoos auf unterschiedliche Oberflächen aufgemalt wurden. Die Cops waren aber mit der Auswertung der angefertigten Lichtbilder so überfordert, dass sie sich händeringend an ihre Kolleg*innen vom Verfassungsschutz wandten. Die hatten dazu zwar auch keine Daten vorliegen, ordneten die Personen aber „mit hoher Wahrscheinlichkeit dem linksgerichteten Klientel“ zu. Zudem glaubte einer der Cops, dass er die Person von einer anderer Angelegenheit wiedererkennen würde.

Und so kommt es, dass einem linken Aktivisten in Salzburg nun eine Verhandlung ins Haus steht.

Eine Glanzleistung behördlicher Ermittlungsarbeit, wie wir meinen.

Die Verhandlung findet am 16.6.2020 um 11.00 Uhr im Salzburger Bezirksgericht statt. Wegen der bestehenden COVID – Einschränkungen macht eine telefonische Voranmeldung Sinn.
Ansonsten freut sich die Person auch über Leute vor dem Gericht.



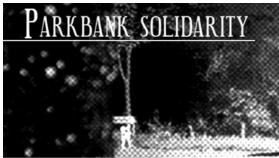
ANARCHIST DEFENCE FUND
afund.antirep.net

Unsere kollektive Solidaritätsstruktur unterstützt Anarchist*innen auf der ganzen Welt, wenn sie verfolgt werden oder sich in einer schwierigen Lebenssituation aufgrund ihrer politischen Ideen oder Aktivitäten wiederfinden.

Wir unterscheiden uns stark von anderen Solidaritätsstrukturen, da wir eine direkte Beteiligung an der Verteilung von Geld anstatt der gewöhnlichen Solidarität im Wohltätigkeitsstil bieten.

[Deutschland] Die drei von der Parkbank – ein Jahr Knast, Überwachung und Solidarität

quelle: parkbanksolidarity.blackblogs.org



Liebe Gefährt*innen und solidarische Menschen! Am 25.6. wird der Prozess gegen die drei Hamburg GefährtInnen nach mehrwöchiger Pause im Hochsicherheitssaal des Hamburger Landgerichts fortgesetzt. Weiterhin können 18 Menschen gleichzeitig als Zuschauer*innen in das Gerichtsgebäude. Mit dem Argument möglicher Corona-Infektionen werden nach wie vor die Personalien aller Zuschauer*innen am Eingang aufgenommen.

Den beiden Gefangenen sowie der dritten Angeklagten geht es weiterhin den Umständen entsprechend gut. Auch wenn besonders die beiden Gefährten im Knast mit den zum Teil willkürlichen und inkonsequenten Corona-Maßnahmen im Knast zu kämpfen haben, zeigen jedoch alle drei Beschuldigten weiterhin, dass sie sich nicht von der Repression unterkriegen lassen. Sie schicken solidarische Grüße und freuen sich über die Unterstützung und zahlreichen Solidaritätsbekundungen.

Aus den Hamburger Knästen erreichen uns wieder einmal Neuigkeiten ihrer grausamen Realität: In den vergangenen Wochen hat sich mindestens ein Mensch in Haft das Leben genommen. Ob ein weiterer Suizidversuch hinter den Mauern von dem Betroffenen überlebt wurde, ist uns bis jetzt nicht bekannt. Um so wichtiger ist es, die Gefährten in Haft jetzt weiterhin zu unterstützen, damit sie in dieser menschenverachtenden Situation nicht allein gelassen werden!

Es ist nun fast ein Jahr her, dass unsere FreundInnen und GefährtInnen unter dem Vorwurf der Vorbereitung von Brandstiftungen festgenommen wurden. Ein Jahr der Überwachung, und wiederholten Hausdurchsuchungen in verschiedenen Hamburger Wohnungen. Ein Jahr der mehr oder weniger verdeckten Überwachungen von Menschen aus ihrem Umfeld.

Doch es war auch ein Jahr der unfassbaren Solidarität mit Aktionen gegen die Welt der Herrschaft, Demonstrationen und Unterstützung aus den verschiedensten Orten. All das schweißt zusammen und gibt den Angeklagten im Parkbankprozess Kraft und Zuversicht für die kommenden Prozesswochen.

Seid weiterhin solidarisch und unterstützt die Angeklagten wie auch immer ihr könnt!
Gemeinsam gegen die staatliche Repression!
Freiheit für alle Gefangenen!

Aufruf zur Internationalen Woche der Solidarität mit anarchistischen Gefangenen vom 23. bis 30. August 2020

quelle: solidarity.international



Ein neues Jahrzehnt hat auf diesem Planeten begonnen. Mit dem Aufstieg rechter Bewegungen und dem langsamen Niedergang der Sozialdemokratie blicken wir für die kommenden Jahre einem intensiven Kampf gegen Staat und Kapitalismus entgegen. Doch schon jetzt sitzen viele Anarchist:innen wegen ihrer Kämpfe in Gefängnissen, von liberalen Menschenrechts-NGOs wegen ihrer „gewalttätigen“ Aktionen nicht beachtet.

Nicht selten erhalten Anarchist:innen Solidarität aus den Teilen der Gesellschaft, aus denen sie kommen. Wer kann sie schließlich besser unterstützen als die Mitmenschen, die im gleichen Elend der Ausbeutung gefangen sind. Wir glauben jedoch, dass die Verantwortung für diejenigen, die in verschiedenen Teilen der Welt Repressionen ausgesetzt sind, nicht nur auf den Schultern der lokalen Gemeinschaft, sondern auch auf denen der internationalen anarchistischen Bewegung liegen sollte. Durch unsere kollektiven Aktionen können wir nicht nur die Ressourcen, die anderswo benötigt werden, weitergeben. Wir können, durch revolutionäre Liebe und direkte Aktionen auch die Feuer in den Herzen der Inhaftieren am brennen halten!

Dies ist ein Aufruf an euch, sich mit den inhaftierten Anarchist:innen auf der ganzen Welt solidarisch zu zeigen. Ab dem 23. August 2020 – dem Tag der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti – könnt ihr alles tun, was ihr euch nur vorstellen könnt. Einiges davon solltet ihr in die Tat umsetzen, damit die Menschen eure Energie spüren können und unsere kollektive Stärke im revolutionären Kampf sichtbar wird!

[Italien] Rom – Kommunikee Op. Bialystok

quelle: roundrobin.info, deutsche übersetztung am 15.06.2020 per mail erhalten.



Über die repressive Operation „Bialystock“
Aridaje.

Die x-te antianarchistische Repressionsoperation begann im Morgengrauen des 12.06.20 in den von den italienischen, französischen und spanischen Staaten dominierten Gebieten. In großem Stil, sodann mit Sturmhauben und abgeflachten Waffen, durchsuchten die Bullen mehrere Häuser, beschlagnahmten das übliche und verhafteten 7 Leute, von denen sitzen 5 im Gefängnis und 2 unter Hausarrest.
Nichts Neues unter dem Sternenhimmel.

Die Anklagen, die der Staat gegen sie erhebt, sind vielfältig, darunter die übliche Vereinigung zu terroristischen Zwecken ebenso wie Brandstiftung, Anstiftung zu Straftaten und so weiter und so fort.

Nun ist es nicht wichtig, hinter ihren juristischen Spitzfindigkeiten zurückzubleiben, aber es ist notwendig, noch einmal zu betonen, dass direkte Aktion, gegenseitige Unterstützung, Ablehnung aller Hierarchien und aller Autoritäten und die Praxis der Solidarität, der Ausdruck unserer anarchischen Spannung ist.

Wir sind nicht daran interessiert, uns auf die schuldig/unschuldig Logik einzulassen, die Betroffenen sind unsere Gefährten*innen und werden unsere Nähe, Solidarität und Komplizenschaft haben.

Ros merde
Ad ognuno il suo.

manche* Besetzer*innen von Bencivenga Occupato

Im Moment sind die bekannten Adressen vorhanden:

Nico Aurigemma
C.C. Rieti
Viale Maestri Del Lavoro, 2 – 02100 Vazia (RI)

Flavia Di Giannantonio
C.C. femminile Rebibbia
Via Bartolo Longo 92. Rom 00156

Claudio Zaccone
C.C. Syrakus Via Monasteri, 20C.
Contrada Cavadonna
Siracusa 96100

Cropo Roberto
Num ecrou : 1010197
Centre pénitentiaire
1 allée des thuyas
94261 Fresnes CEDEX
Frankreich

Francesca Cerrone
C.P.de Almeria-El Acebuche CTRA. cuevas-ubeda
km2,5
04030, Almèria



[Deutschland] Thomas Meyer-Falk: „Die ganze Welt hasst die Polizei?“



Vor einer Weile diskutierte ich in der JVA Freiburg mit einer Knastpsychologin über einen Aufkleber mit dem Text „Die ganze Welt hasst die Polizei“. Jetzt wurde (mal wieder) in den USA ein Afroamerikaner, George Floyd, von weißen Polizisten umgebracht. Da erinnerte ich mich an ein Urteil aus Bayern: 4.000 DM kostete es eine (weiße) Polizistin, als sie in Nürnberg einem Griechen vier Mal in den Rücken schoss…

Frau Psychologierätin W. und ihr Verhältnis zu Stickern

Als man im November 2019 meine Zelle durchsuchte, fanden sich u.a. ein paar Aufkleber, darunter der eingangs erwähnte. Der Psychologin wurde die Weisung erteilt, mit mir über den Inhalt der Aufkleber zu sprechen.

Wie sie mir dann im Gespräch erklärte, offenbare ein solcher Text Hinweise auf eine möglicherweise fortbestehende und tiefsitzende feindselige, aggressive Haltung, insbesondere gegen staatliche Organe.

Das sei für jemanden wie mich, der eine entsprechende Vorgeschichte habe, von hoher prognostischer Relevanz. Alleine das Aufbewahren eines solchen Aufklebers sei schon Indiz für eine kriminalitätsfördernde Grundhaltung.

Die Ermordung von George Floyd

Es wäre interessant zu wissen, was die Psychologierätin aus Südbaden voller Empathie den Angehörigen und Freunden von George Floyd sagen würde, dem Polizisten so lange die Luft abschnürten, bis er qualvoll erstickte. Eben jene „staatlichen Organe“, die sie so vehement verteidigt. Und würde es nicht die Videoaufnahmen der Ermordung geben, der Tod von George Floyd wäre kaum über die Stadtgrenzen von Minneapolis hinaus bekannt geworden.

Ein erschossener Grieche in Nürnberg

Vor rund 21 Jahren starb in Nürnberg ein Grieche durch mehrere Schüsse in den Rücken. Wie die taz damals berichtete, wollte er sich einer Ausweiskontrolle entziehen, er rannte weg. Die Polizistin zückte die Pistole und schoss ihm mehrfach in den Rücken, denn sie glaubte, wie sie später aussagte, eine Waffe gesehen zu haben. Nur war dann weit und breit keine solche aufzufinden. Der Mann überlebte nicht. Allerdings gelten Schüsse in den Rücken wohl schon seit jeher als Beleg für Notwehr, zumindest in Bayern und so wurde der Polizistin Putativnotwehr zugestanden, eine „wahnhaft angenommene Notwehrsituation“ und mit 4.000 DM war die Sache erledigt. Hätte nicht die Mutter des Opfers hartnäckig insistiert, wer weiß ob es dann überhaupt zu diesem Urteil gekommen wäre. In zeitlicher Nähe zu diesem Geschehen, so berichtete damals auch die taz, wurde jedoch Hans Söllner, ein bekannter politischer Liedermacher aus bayrischen Gefilden, zu einer 6-stelligen (!) Geldstrafe verurteilt, weil er sich ein mehr oder weniger originelles Wortspiel auf der Bühne erlaubt hatte und den damaligen bayrischen Innenminister mit einem Klostein verglich. Über 100.000 DM für die verletzte Ehre eines Ministers!

Damals saß ich in Isohaft in Bruchsal und kommentierte in einem Brief an besagten Minister beide Urteile; meine Wortwahl, so fanden später die RichterInnen, habe den Tatbestand der Beleidigung und Bedrohung erfüllt: 7 Monate Freiheitsstrafe!

Der sächsische Innenminister fordert Fingerspitzengefühl Ende Mai forderte der sächsische Innenminister in einem Radiointerview mit mdr-info seine Polizeikräfte auf, im Umgang mit den „Hygienedemos“ die sich gegen die Corona-Maßnahmen richten, Fingerspitzengefühl zu zeigen, behutsam vorzugehen und Augenmaß zu bewahren. Solche sanften Töne waren aus seinem Munde noch nie zu hören, wenn es galt linke Demos wegzuprügeln. Sobald sich aber seine potentielle eigene Wählerschaft, oder die der AFD auf den Straßen tummelt, hat jedeR sächsische PolizistIn größtmögliche Zurückhaltung an den Tag zu legen und der Knüppel hat am Gürtel hängen zu bleiben.

Resümee

In den USA töten weiße Polizisten nach wie vor Afroamerikaner – und auch in Deutschland töten immer wieder Polizeikräfte wehrlose Menschen, wobei MigrantInnen besonderen Gefahren durch Polizeigewalt ausgesetzt sind. Die Ehre eines Ministers ist eine sechs-stellige Summe wert. Der Knüppel bleibt im Sack, wenn der Minister nicht seine Wählerschaft verlieren will. Aber einer Psychologin in der badischen Provinz fällt nichts besseres ein, als einen Aufkleber zum Indiz für eine staatsfeindliche Grundhaltung zu stilisieren.

Thomas Meyer-Falk,
z.zt. JVA (SV),
Hermann-Herder-Straße 8,
79104 Freiburg
Deutschland

https://freedomforthomas.wordpress.com

[Österreich] Feuer und Flamme dem Bullenstaat

quelle: emrawi.org

In der Nacht von 7.6. auf 8.6. wurden zwei Bullenautos an verschiedenen Orten in Wien (Kopernikusgasse und Vorgartenstraße) attackiert, angekokelt und entglast. Es war eine besondere Freude diese scheiß Karren zu demolieren und damit nicht nur uns sondern vielen Menschen dieser Stadt einen kleinen Gefallen zu erweisen.

Für uns ist es eine Aktion gegen Repression und Schikanen.
Gegen die ständig drohende Gewalt durch die Wachhunde des Staates.
Gegen rassistisch motivierte Gewalt und Morde.

Für uns ist es eine Aktion gegen das tägliche Hinnehmen, gegen die tägliche Angst und Ohnmacht!
Diesmal haben wir zugeschlagen! Radikal und frohlockend.

Wir wollen und brauchen keine Bullen – weder in unserer Stadt noch sonst wo.
Cops dienen nicht der Gesellschaft oder wie uns immer gesagt wird „uns allen gleichermaßen“. Sie sind nicht neutral, denn sie dienen immer der herrschenden Ordnung, dem Kapitalismus und denen, die durch die bestehenden Verhältnisse profitieren. Vom Staat mit dem Gewaltmonopol ausgestattet sind sie dazu berufen all jene zu verfolgen, die nicht nach dessen Spielregeln leben wollen oder können: Obdachlose, Jugendliche, Punks, Menschen ohne Papiere, Migrant*innen, Aktivist*innen, Flüchtende, Junkies, Aufständische, Revolutionär*innen…

Gebrauch gemacht von dieser Art der institutionalisierten Gewalt wurde unter Anderem bei den Klimastreiks 2019 (wo versucht wurde, den Kopf eines Aktivisti zu überfahren) oder wie auch bei dem vor kurzem von Bullen ausgeübten rassistischen Mord an George Floyd in den USA.

Die größten Diebstähle werden von reichen Unternehmer*innen, Staaten, Banken, Immobilienfirmen, Agrarkonzernen und Vermieter*innen verübt. Im Häfn sitzen aber vor allem arme Leute, die versucht haben ihre ausweglose Situation zu verbessern.

Die grausamste Gewalt geht täglich von Bullen, Militär, Knästen und Grenzregimen aus, da diese vom Staat zur Aufrechterhaltung der lokalen und globalen Machtverhältnisse legitimiert sind. Hingegen werden Menschen, die solidarisch miteinander handeln, für Freiheit, Klimaschutz, und gegen Ausbeutung und Unterdrückung ankämpfen, als Terrorist*innenen überwacht und verfolgt.

Wir haben es satt, dass wir, unsere Verbündeten und andere täglich von Bullen verprügelt und schikaniert werden. Vielleicht fehlen diese Autos ja in manchen Momenten und verhindern solche Übergriffe durch die Polizei!

Corona hat einmal mehr die Verhältnisse unter denen wir leben spürbarer gemacht. Am härtesten getroffen haben die Maßnahmen diejenigen, die bereits im „Normalzustand“ prekär und marginalisiert waren. Sie mussten und müssen bis zum Umfallen buckeln, haben ihre Jobs verloren, konnten ihre Miete nicht zahlen, saßen an Grenzen fest, wurden in Massenquarantäne in Lagern eingesperrt und von den Bullen im Park schikaniert und bestraft. Dass die Bullen durch diese Situation noch mehr Macht bekommen haben, wurde von ihnen sofort ausgenützt. Sie haben vollkommen willkürlich alle bestraft, die ihnen ein Dorn im Auge waren. Dieses Verhalten ist aber nicht neu, sondern nur deutlicher zu Tage getreten. Auch sonst ist es für viele Menschen nicht sicher, mit Bullen irgendwo allein zu sein.

….Jede einzelne hat ihre Gründe.
A Kiwara is niemals a Hawara.
Lösen wir unsere Probleme lieber miteinander anstatt die Bullen zu rufen.

Für ein Leben in Freiheit – für eine Gesellschaft ohne Polizei und deren Autos.

Gruß und Kuss

Leute, die sich zufällig getroffen haben, mit 1 m Abstand, die alle einen Mundschutz getragen haben.



[Überall] 11. Juni: Internationaler Tag der Solidarität mit Marius Mason und allen anarchistischen Langzeit-Gefangenen.

quelle: abcdd.org



In den letzten 16 Jahren, in denen dieser Tag begangen wurde, hat der 11. Juni Unterstützung und Aktionen, die von inhaftierten Anarchistinnen inspiriert wurden, hervorgebracht – von Lärmdemonstrationen außerhalb der Gefängnisse bis hin zu Briefschreibenächten, von Spendenaktionen bis hin zu Brandstiftung. Diesen Tag zu begehen bedeutet, an Anarchistinnen, die lange Haftstrafen verbüßen, zu erinnern, Unterstützung für sie zu gewinnen und zu Solidaritätsaktionen anzuregen.

Da soziale Kämpfe kommen und gehen, ist dieser Tag eine Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass unsere inhaftierten Genoss*innen nicht vergessen werden. Der 11. Juni ist eine Möglichkeit, den Gedächtnisverlust zu bekämpfen und zu versuchen, ein Langzeitgedächtnis im anarchistischen Raum aufrechtzuerhalten. Der 11. Juni ist ein Tag gegen das Vergessen.

Der Kontext des 11. Juni dieses Jahres ist einer, in dem unser Leben aus der Normalität gerissen wurde. Eine beängstigende Zeit, aber auch eine Zeit der Erneuerung. Und eine besonders wichtige Zeit, um unserer inhaftierten Angehörigen und Freundinnen zu gedenken und sie zu unterstützen. Während die Aufrufe zur Freilassung von Menschen aus Gefängnissen, Haftanstalten und Abschiebeknästen während der Pandemie lauter werden und einigen Erfolg haben, ist es wahrscheinlich, dass viele Namen unserer Genossinnen nicht auf der Liste für eine vorzeitige Entlassung stehen werden. Ob es nun an marginalisierten Identitäten liegt, an Terrorismus-Übertreibung, an einer Geschichte des Aufbegehrens gegen die Wachen und die Gefängnisverwaltung oder einfach daran, dass sie eine erklärter Anarchist*in sind, bedeutet dies, dass ihre langen Haftstrafen und ihre bereits verabscheuungswürdige medizinische Versorgung und Misshandlung noch schlimmere Folgen haben könnten.

Unser neues Alltagsleben und unsere Reaktionen auf die Pandemie können die Erinnerung an und die Unterstützung für inhaftierte Anarchistinen mit sich bringen. Wo wir weniger Stunden arbeiten, können wir mehr Briefe schreiben. Wo unsere Kinder jetzt von zu Hause aus lernen, können wir die Namen der Gefangenen in den Unterricht aufnehmen, wenn wir über Mut und über staatliche Repression sprechen. Wo wir uns in Projekten gegenseitiger Hilfe einbringen, können wir uns von unseren Genossinnen inspirieren lassen und uns auf ihre Beiträge und Erinnerungen berufen.

Im vergangenen Jahr wurden Connor Stevens von den Cleveland 4, alle übrigen Mitglieder der Stadtguerillagruppe „Verschwörung der Feuerzellen“ in Griechenland und Tamara Sol in Chile aus dem Gefängnis entlassen.

Eric King befindet sich nach wie vor in Isolationshaft und sieht sich nun einer Anklage zu einer 20-jährigen Haftstrafe im Zusammenhang mit Selbstverteidigungsmaßnahmen gegenüber, die er 2018 begangen hat. Sein Unterstützungsteam hat einen Fonds zur Strafverteidigung gestartet, und sein Anwalt reichte im März einen Antrag auf eine Anhörung im Zusammenhang mit Misshandlungen gegen ihn ein.

Anna Beniamino war Mitinitiatorin eines Hungerstreiks gegen besonders repressive Haftbedingungen im Mai 2019. Alfredo Cospito und andere in Italien inhaftierte Anarchistinnen schlossen sich später diesem Hungerstreik an. Alfredo berichtete, dass im Zusammenhang mit dem Streik gesundheitliche Probleme aufgetreten sind.

Michael Kimble wurde in Isolationshaft genommen, nachdem er einen Häftling davor verteidigt hatte, von den Wärtern geschlagen zu werden. Im Februar starteten er und sein Unterstützungsteam eine Spendenkampagne für einen Anwalt, um seine Verurteilung aufzuheben. Jeremy Hammond wurde im Oktober aufgerufen, vor derselben Grand Jury auszusagen, die Chelsea Manning erneut verurteilt hatte. Beide weigerten sich, auszusagen. Im März wurde Jeremy Hammond wegen Missachtung der Geschworenen entlassen und in das Bundesgefängnissystem zurückgebracht.

Lisa vom Fall des Aachener Banküberfalls wurde kürzlich von einem Gefängnisrichter daran gehindert, das Gefängnis am Wochenende und tagsüber zu verlassen.

Während die Mitglieder der Kämpfe der 60er und 70er Jahre ihre Strafen beenden und jüngere Partisanen der aktuellen Kämpfe aus kürzeren Gefängnisaufenthalten kommen, können wir uns mit ihnen in gegenseitig bereichernden Beziehungen verbinden. Die Herausforderungen der Entlassung aus dem Gefängnis können durch eine starke Unterstützerinnengemeinschaft gemildert werden; Unterstützerinnengemeinschaften können ihr eigenes Verständnis von Gefängnis durch direkte Interaktion mit ehemaligen Gefangenen vertiefen. Diese Beziehungen können jeden ihrer Teilnehmerinnen stärken und sich darüber hinaus in Form neuer Projekte und Initiativen zur Befreiung der noch immer Gefangenen ausweiten.

Ein wichtiger und oft vernachlässigter Aspekt der Gefangenenunterstützung ist die Hilfe für die Familien der Inhaftierten. Familienmitglieder – die oft die wichtigste oder einzige Stütze von Gefangenen darstellen – tragen die emotionalen, finanziellen und mentalen Nöte ihrer Angehörigen hinter Gittern. Die exorbitanten Kosten für Gefängnisaufenthalte, Telefongespräche und Besuche belasten diejenigen, die in den meisten Fällen ohnehin schon Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen. Die soziale Zersplitterung, durch die sich die meisten von uns verloren fühlen, kann für diejenigen die Hölle sein, deren enge Weggefährtinnen vom Staat gestohlen wurden und denen die Unterstützung der Gemeinschaft fehlt. Diese Kämpfe gehen nach der Entlassung der Gefangenen weiter, wobei Freundinnen und Familienangehörige versuchen, für sie Arbeit, Wohnraum, Hilfe bei der Bewährung oder andere Formen, um die Haft zu mildern, usw. zu finden. Das Projekt FANG stellt den Familien und Freunden von Animal- und Earth- Liberation-Gefangenen Reisemittel zur Verfügung, damit sie ihre inhaftierten Angehörigen besuchen können. Der Rosenberg-Fonds für Kinder leistet den Kindern von Aktivisten, die vom Staat ins Visier genommen werden, Hilfe. Abgesehen von der Unterstützung dieser Projekte ermutigen wir Anarchist*innen, Beziehungen zu den Familien anarchistischer Gefangener aufzubauen: Einige teilen vielleicht nicht unsere Ideen (obwohl viele das tun!), aber sie teilen unseren Wunsch, dass geliebte Menschen im Gefängnis überleben und sich weiterentwickeln können.

Je mehr die Welt in der Krise versinkt, desto weniger sind wir in der Lage, den Fragen aus dem Weg zu gehen, wie wir leben, welche Art von Beziehungen wir gemeinsam aufbauen und welche Lebenswelten wir bewohnen wollen. Auf der einen Seite gibt es die ständig wachsende Staatsmacht, die Sklaverei des Einzelnen gegenüber dem technologischen System und die anormale Einsamkeit des modernen Lebens. Auf der anderen Seite gibt es komplexe und schwierige Möglichkeiten dezentralisierter Lebensformen, in denen sich individuelle Freiheit und geteilte Freuden in einer Alchemie vermischen, die beides bejaht. Unsere Bindungen, die über Jahre des Zusammenlebens und Kämpfens gefestigt wurden, können der Ausgangspunkt für diese neuen Formen der Existenz sein. Diejenigen hinter Gittern – die wir in unseren Gartenparzellen und Waldwanderungen, in den Melodien unserer Lieder und im Adrenalinrausch unserer Nachtarbeit bei uns gegenwärtig gehalten haben – sind ein Teil der neuen Welt, auf die wir hoffen. Vergessen wir sie nicht nur einen Augenblick lang.

https://june11.noblogs.org/

Gedicht von einem Gefangenen aus der Schweiz

Auf der Parkbank oder im Bundeslager
Verweigerung der Wehrpflicht oder Sabotagen
Abgeschottet hinter den Mauern der Internate
Machen wir uns Mut in diesen Tagen

Gestreuter Sand in des Elends Adern
Abschiebung – weder in Folter -, noch in allen Staaten
Farbiger Funkenflug gegen die Staatswahrsager-innen

Alle müssen frei sein! – Bitte weitersagen!

In eigener Sache & Termine mit/von/ohne ABC W:
Die Gefangenenliste gibt es auch als fertig formatiertes monatlich aktualisiertes PDF.

Möglicherweise gibt es im Juni wieder eine Schreibwerkstatt. Haltet euch auf unserer Website am Laufenden.

Kostenloser Versand an Gefangene/Infoläden.
Melden könnt ihr euch unter:

Kontakt: ABC Wien
Postfach 18, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
http://www.abc-wien.net/

[Deutschland] 3 Briefe von Gefangenen aus dem Knast Holstenglacis

quelle: de.indymedia.org

22.03.2020 – Die folgenden Zeilen sind lediglich eine Momentaufnahme, verfasst am Sonntag, den 22.03. im Untersuchungsgefängnis Holstenglacis in Hamburg. Vieles wird sich geändert haben, wenn ihr diese Worte lest, manche Einschätzung und Information wird überholt sein. Ich habe aber nicht die Möglichkeit in „Echtzeit“ zu kommunizieren – deswegen jedoch nicht zu kommunizieren kann auch keine Option sein.

Die Welt befindet sich in weitreichendem Ausnahmezustand. Leider nicht im Zuge der sozialen Revolution, sondern wegen Sars-Covid-2.

Verunsicherung und Angst kehren zumeist zunächst das Hässliche in den Menschen heraus – der Ruf nach „starker Führung“, nach autoritärem „Durchgreifen“ einerseits, das gegenseitige Misstrauen, den denunziantischen Reflex bis hin zum stumpfen Rassismus andererseits. Das ist keineswegs eine „natürliche Reaktion“. Sondern seit Jahrhunderten in die Köpfe der Unterworfenen gemeisselte Methode zur Sicherung der Herrschaft. Ich will kein verschwörungstheoretisches Raunen schüren – virologische Erkrankungen sind biologische Tatsachen. Doch dass Angst und Verunsicherung bewährte Praxen des Ausbaus von Mechanismen der Kontrolle (und des Rückbaus erkämpfter Zugeständnisse) sind, ist eben auch Tatsache, historische allerdings.

Und die Früchte, die die Autoritäten unter den Vorzeichen der Virusbekämpfung zu ernten gedenken zeichnen sich vielerorts bereits ab. Ausgangsbeschränkungen, die Ortung von Mobiltelefonen, der Lockdown kompletter Regionen… die Liste ist lang. Auch die Rolle, die digitalen Kommunikationsplattformen dieser Tage zukommt, lohnt sicher näherer Betrachtung. Nun befinde ich mich allerdings quasi im staatlich verordneten Digital Detox und will im Folgenden also ein wenig von der Situation hier im Gefängnis berichten. Über einen „Mangel an starker Führung“ können sich Insassen von Einsperrenden Institutionen ja eher nicht beklagen. Seit bald neun Monaten erlebe ich was es heißt, zu einem justiziellen Verwaltungsakt degradiert zu werden. Eine Erfahrung, die ich mit all jenen teile, die ebenfalls einer einsperrenden Institution unterworfen sind – seien es sogenannte „Lager“, Haftanstalten oder Psychiatrien.
Der Staat in Form einer bürokratisch verwaltenden Justiz hat permanenten Zugriff auf meinen Körper, bestimmt faktisch über jeden Schritt, den ich tue, eben auch über jedes Zugeständnis an „Selbstbestimmung“. Das bedeutet einen permanenten Kampf um die individuelle Integrität, die selbstbestimmten Beziehungen, die revolutionäre Identität.

Seit ungefähr einer Woche hat sich das allgemeine Regime hier im Zuge der „Corona-Krise“ abermals verschärft. Zunächst herrschte bei Besuchen ein Verbot körperlichen Kontakts und sämtliche Aktivitäten, die einen traktübergreifenden Austausch unter den Gefangenen möglich machten, wurden gestrichen – religiöse Angebote, Sportgruppen, Sprachkurse und so weiter. Die Beamt*innen schweigen sich ohnehin prinzipiell über die Situation in anderen Teilen des Knastes aus – so haben wir zum Beispiel von einem Suizidversuch auf einer anderen Station vor ein paar Monaten nur durch andere Gefangene erfahren.
Mittlerweile wurden die Besuchsmöglichkeiten noch weiter eingeschränkt. Waren bislang noch monatlich 2×1 Stunde mit bis zu drei Personen möglich, ohne Trennscheibe, gilt seit drei Tagen eine Reduktion auf monatlich 2x ½ Stunde mit nur einer erwachsenen Person und gegebenenfalls zwei Kindern unter 14 Jahren – mit Trennscheibe. Auch Besuche durch Verteidiger*innen sind beschränkt worden. Soweit ich das derzeit überblicken kann, finden diese auch nur noch mit Trennscheibe statt.

Die Situation in dem Trakt, auf dem ich eingesperrt bin, gestaltet sich derzeit noch belastender. Am Dienstag, den 17.03. berichtete ein Mitgefangener von Grippesymptomen. Seitdem befinden sich die beiden Stockwerke, die gemeinsam Hofgang hatten unter Quarantäne. An den Türen zu den Fluren hängen Zettel: „Covid19-Verdacht-Quarantäne-Keine Gefangenenbewegung“ – hier liegt wohl kein zynischer Scherz der ziemlich humorlosen Anstaltsleitung vor, sie behält aber Recht in der Doppeldeutigkeit.

Für uns bedeutet das derzeit 24 Stunden Einschluss in der Zelle, kein Hofgang. Auch die Benutzung der Dusche wird versagt – wobei es auf den Zellen (alles Einzelzellen) kein warmes Wasser gibt, lediglich ein Waschbecken. Begründet werden solche Unmöglichkeiten mit vorgeblichem Zeitmangel. Eine Desinfektion der Duschen zwischen jeder Benutzung – schlicht nicht zu machen. Konsequenterweise fand der wöchentliche Einkauf dann aber ohne besondere Maßnahmen zur Infektionsvermeidung statt, wir wurden lediglich einzeln zur Abholung der Bestellungen geholt. Da war die Sorge vor den Diskussionen mit den Rauchern wohl größer als die grassierende Faulheit. Immerhin, denkt man da fast.

Sämtliche Anordnungen werden mit der gewohnten Empathielosigkeit durchgezogen. Die Kommunikation wird auf ein Minimum beschränkt, lediglich auch hartnäckige Nachfragen hin gibt es vage Informationen. Angeblich wird immernoch auf das Ergebnis eines Tests gewartet. Die Labore seien überlastet, es könne unbestimmte Zeit dauern.

Nun gibt es keine Möglichkeit das zu überprüfen – und das allgemeine Vertrauen in schließerseitige Informationen ist nicht sehr groß, da sich nicht selten widerwillige, beschwichtigende Antworten als (Not) Lügen oder Halbwissen herausgestellt haben. Besonders hart trifft diese verbreitete Nicht-Informationspolitik wie immer die nicht deutschsprachigen Gefangenen, die sich mit Ansagen wie „Nix Freizeit – Quarantäne – Corona!“ konfrontiert sehen.

Verteidiger*innen-Besuche sind für unter Quarantäne gestellte Gefangene untersagt, Kommunikation ist lediglich per Post oder über das teure auf eine Stunde im Monat beschränkte Telefon möglich.

Das ist vorerst eine knappe Beschreibung der für mich wahrnehmbaren Situation und deswegen ist sie sicher nicht vollständig und es ist möglich, dass knastseitige Informationen nicht (ganz) stimmen.

Thomas Meyer-Falk hat bereits von den Freiburger Zuständen berichtet. In der Süddeutschen wurde am 20.03. behauptet, es gäbe in den JVA‘s noch keinen bestätigten Covid19-Fall. Allen jedenfalls, von denen ich hier im Trakt weiß, geht es gesundheitlich soweit gut – inklusive meiner selbst und der als „Verdachtsfall“ eingestuften Person. Aus den sporadischen Gesprächen am Fenster ist aber zu erfahren, dass es vielen psychisch durchaus an die Substanz geht.

Die Situation in den Knästen und einsperrenden Institutionen überall dürfte sich auf ähnliche Weise verschärfen, wie die Revolten in Italien gezeigt haben. Vergessen wir also bei all dem Trubel nicht die Gefangenen und ihre Angehörigen.

Es ist offensichtlich, dass von den Behörden keine „humanere“ Behandlung zu erwarten ist – die hier stattfindende Praxis ist vielmehr notwendige Konsequenz der entmenschlichenden Logik bürokratischer Verwaltung und Einsperrung, die grundsätzlich beseitigt gehört.

Mir ist es wichtig zu betonen, dass es ein Fehler wäre, in diesen Tagen Solidarität und gegenseitige Hilfe mit Gehorsam gleichzusetzen und diese Begriffe so widerspruchslos den Autoritäten zu überlassen.

Es gibt nichts zu relativieren, doch:
Das tödlichste Virus ist und bleibt die Herrschaft, die Therapie heißt Revolte.

Bis alle frei sind.

– U-Knast Holstenglacis, 22.03.2020 –

Über Suizide im Knast

!! ACHTUNG: Wie im Titel angekündigt, handelt folgender aufschlussreicher Bericht insbesondere von Suiziden im Knast !!

Wir sollten niemals diejenigen vergessen, die weggesperrt werden. Wir dürfen nicht aufhören, gegen die Knäste zu kämpfen sowie die Welt, die sie braucht.

Oktober 2019

Vor einigen Wochen hat ein eingesperrter Mensch im Untersuchungsknast Holstenglacis versucht, sich das Leben zu nehmen. Beim Hofgang drang diese schwer zu ertragende Nachricht erst als Gerücht an mein Ohr. „da oben, in der Zelle neben deiner alten“ und tatsächlich, am Fenstergitter noch ein Rest des aus der kratzigen, braunen Decke improvisierten Stricks. „Selbst, wenn’s so wäre, ich dürfte es Ihnen nicht sagen, aber es ist niemand gestorben …“ so beantwortete der Beamte meine Nachfrage … Kurz war mir schwarz vor Augen, ein leichtes Taumeln, Herzklopfen, Symptome hilfloser Wut.

Fühlte ich mich schon draußen durchaus denen nah, die diese Welt nicht mehr aushalten, ist die Konfrontation mit diesem drastischsten Ausdruck völliger Verzweiflung hier noch brutaler … hier kennen alle den Druck, den Schock, den der kalte Apparat mit seinen dreiundzwanzig Stunden Einschluss, der entwürdigenden Behandlung und der offensiv vermittelten Ausweglosigkeit auslöst. In den ersten Wochen soll gebrochen, unterworfen, Geständnis oder Verrat erpresst werden. Wer es nicht aushält, wer sich aufbäumt, wird bestraft – egal, ob sich die Verzweiflung gegen die Uniformierten, das Mobiliar oder den eigenen Körper richtet. Wer sich den systematisch hergestellten emotionalen Ausnahmezustand anmerken lässt, erfährt die einzige Zuwendung, zu der der Knast imstande ist – Isolation, gesonderte Beobachtung, Sedierung, wenn für nötig befunden, auch unter Zwang. Die Botschaft ist klar: fortan bestimmt die Justiz über deinen Körper, selbst der Grad deiner Verzweiflung ist reglementiert. Wer die Bedingungen hier kennt, der versteht, dass einem hier unter bestimmten Voraussetzungen der Lebensmut verlassen kann. Es braucht durchaus ein hohes Maß an Selbstbewusstsein und gewissen Kampfgeist, um nicht den Kopf zu verlieren.

In Hamburger Knästen haben sich im Jahr 2017 vier Menschen das Leben genommen, die Suizidversuche sind nicht öffentlich dokumentiert. In Deutschland nehmen sich jährlich ungefähr 80 Menschen in Haft das Leben, die absolute Mehrheit direkt nach ihrer Inhaftierung, beim ersten Mal Knast. Eine Umfrage ergab, dass 20% der U-Häftlinge innerhalb der ersten zwei Haftwochen Suizidgedanken gehegt hätten. Ganz unverblümt sprechen Gefängnispsycholog*innen vom „Haftschock“. (Quelle: DLF-Radiofeature, https://www.deutschlandfunk.de/strafvollzug-erhoehtes-suizidrisiko-bei-i…)

Dass sich trotz all dieser Zahlen am „Normalvollzug“ nichts ändert und stattdessen in technische Maßnahmen zur Verhinderung von Suiziden investiert wird, offenbart einmal mehr Charakter und Motivation des Gefängnisses.

Wem zum Beispiel in Frankfurt am Main „Selbstgefährdung“ zugeschrieben wird, der bekommt papierne Haftkleidung und wird in einen Raum gesperrt, den eine*r Beamte*r durch eine einseitig verspiegelte Scheibe überwachen kann. In anderen Bundesländern wird die Installation von Kameras diskutiert, die mittels künstlicher Intelligenz Bewegungen detektieren sollen, die als „suizidtypisch“ gelten, um dann Alarm zu schlagen. Wem der Knast den Lebensmut raubt, dem wird auch noch der letzte Rest Würde aberkannt. Auf die Behörden, die Justiz ist in dieser Frage genauso wenig zu setzen, wie in allen anderen.

Wir sind darauf angewiesen, einander zu unterstützen. Drinnen kann das heißen, Mitgefangene, die beim Hofgang alleine gehen anzusprechen, ihnen Hilfe anzubieten. Die Möglichkeiten sind vielfältig, in Absprache kann man sich un Anwält*innen kümmern. Druck bei den Bediensteten machen, man kann sich am Fenster zum Quatschen verabreden … ich denke, dass schon ein bisschen solidarische Zuwendung, die das Alleinsein schmälert, viel bewirken kann.

Draußen kann das heißen, sich mit den Menschen, die einem nahestehen schon Gedanken zu machen, was im Falle einer Festnahme passieren, worum sich gekümmert werden soll. Mir hat es sehr geholfen, sehr schnell mitgeteilt zu bekommen, dass sich um alles gekümmert wird.

Ich bin überzeugt, dass es im Gefängnis keine tatsächlichen Selbstmorde gibt – so wie es „draußen“ sehr häufig ökonomische oder sonstwie strukturelle und systemisch bedingte Krisen sind, die Menschen den Lebensmut nehmen, sind es „drinnen“ ganz sicher die Umstände der Gefangenenschaft.

Wir sollten niemals diejenigen vergessen, die weggesperrt werden. Wir dürfen nicht aufhören, gegen die Knäste zu kämpfen sowie die Welt, die sie braucht.

08.12.2019

Heute – naja, genaugenommen morgen – sind wir fünf Monate eingesperrt. Es ist ein verregneter Sonntag, ich höre Radio Azadi und widme mich einer kurzen Zwischenbilanz.

Einundzwanzig Wochen, seit denen mich die kalte Bürokratie der Justiz mittels ihrer architektonischen Entsprechung, dem Gefängnis, von meinen Lieben, meinen Gefährt*innen, von meiner geliebten Familie trennt.

Ich habe viele Tränen geweint seither, ich will das gar nicht leugnen. Da waren Tränen der Trauer und Angst, wenn mir schlimme Geschehnisse draußen vor Augen führten, dass der Knast eben durchaus auch Isolation und eingeschränkte Handlungsfähigkeit bedeutet. Tränen, weil ich meine Lieben so sehr vermisse und die geraubten Wonnen eines gemeinsam genossenen, wilden Sommers bedaure.

Aber ich habe noch viel mehr Tränen der Freude und der Rührung vergossen, das ist sicher. Ich erinnere mich an so viele Momente, die die kalte Totalität meiner Situation nachhaltig erschüttert haben. Geliebte Stimmen, leidenschaftlich und liebevoll umgesetzte Einfälle sowohl im Radio als auch direkt hinter der Mauer, in Hör- und Sichtweite, hunderte Briefe voller Liebe und kämpferischer Energie haben mir so viel Wärme und Glück beschert das hat mich immer wieder überwältigt.

Diese Momente und nicht abreißende Neuigkeiten solidarischer Initiativen, von denen ich im Radio hörte und – ironischerweise – in den Ermittlungsakten las haben Solidarität erlebbar gemacht.

Und so habe ich in den vergangenen Monaten auch sehr viel gelacht. Weit mehr gelacht als geweint, ganz sicher.

Das Lachen ist im Knast nicht selten auch ein Ventil, ein Reflex nah am Zynismus, den die kafkaeske Realität hier drinnen unweigerlich provoziert. Doch vielmehr ist der Humor, das Lachen für mich auch ein Weg der Selbstbehauptung und ehrlicher Ausdruck meiner Freude über die Erkenntnis, dass die repressive Mühle sich an meiner Würde und meinem trotzigen Stolz abarbeitet ohne mich brechen zu können.
Beiden beschriebenen Gemütsregungen, dem Lachen und dem Weinen wohnt einerseits sehr viel Liebe inne, genährt durch euch da draußen. Andererseits ist da aber auch eine große Wut, die so Ausdruck findet. Die Welt der Unterwerfung des Individuums unter die Logik der Herrschaft ist grauenvoll und ich hasse jeden Aspekt, in dem sich diese Logik manifestiert. Da wo Uniformen (oder Zivis…) Gesetzen folgend (oder diese akzeptierenderweise ignorierend…) sogenanntes Recht durchsetzen, also die herrschende Ordnung mit Gewalt verteidigen, zeigt sie sich so unverblümt wie selten. Hier jedenfalls werde ich täglich Zeuge der Mechanismen, die jene brechen sollen, die sich der wohlorganisierten, verwalteten Ungerechtigkeit nicht unterordnen wollen oder können.

Doch macht es mich stolz und gibt mir Kraft so viele Menschen zu sehen, die sich dagegen entschieden haben diese Ordnung zu akzeptieren. Und stolz macht mich auch, einer von ihnen zu sein.

Dass selbstorganisierte Kämpfe und Solidarität diesen Verhältnissen durchaus etwas entgegenzusetzen haben, wurde in den letzten Monaten vielfach bewiesen und ich grüße von Herzen euch alle, die ihr kämpft.

– Ein Gefangener im UG Holstenglacis –

Michael Friedland braucht Hilfe! - Brief von Manfred Peter vom 21.5.2020



Micha befindet sich seit einigen Jahren in Maßregelvollzug (MRV) NRW und ist ein links-ausgerichteter Anarchist. Ich verbrachte einige Zeit mit ihm in Ekelborn (Lippstadt- Eickelborn) und in Dortmund. Vor wenigen Monaten hatte Micha eine Schlägerei mit dem Nazi-Pfleger Ulli Rinderwahn* in Dortmund auf der Reha -Station 18/2.

Er wurde durch die Anwendung einer Fixierung erstmal ruhig gestellt.

Dann erfolgte die zwangsweise Verlegung nach Ekelborn Anfang April und von dort wieder zurück in die Forensik Dortmund- Aplerbeck Leni Rommel-Straße 207, 44287 Dortmund. Er wird dort massiv unter Einfluß von dreckigen Psychopharmaka als Repressions-Knute gestellt. Er bekommt neben Haldol auch Risperdal und Zeprion unter anderem.
Micha sollte eigentlich in ein Wohnheim in Verl/Gütersloh von Dortmund aus verlegt werden; dies wurde durch die vorsätzliche Herbeiführung der Schlägerei mit dem NAZI-Pfleger Ulli Rinderwahn* zunichte gemacht.

Micha braucht Hilfe – solidarisiert Euch mit ihm und schickt ihm Briefe und Postkarten und lasst ihn nicht allein in der MRV-Hölle!

Michas Mutter ist Portugiesin, sein Vater ist eine “Kartoffel” aus Dortmund. Er spricht deutsch, englisch und portugiesisch.
United we stand.

- Iceman -

*Name leicht verändert

Schreibt Michael Friedland:

Dortmund – Aplerbeck
Leni Rommel-Straße 207
44287 Dortmund



Rheinmetall, Kriminalisierung von Widerstand & Spendenaufrufe

quelle: emrawi.org



Eine Reflexion zum Thema Rheinmetall, Rojava, Kriminalisierung von Widerstand und Spendenaufrufe für die Unterstützung politischer Gefangene in der Türkei sowie für Betroffene von Repression in Wien.

Rheinmetall
Das größte deutsche Rüstungsunternehmen Rheinmetall, belieferte nicht nur die deutsche Wehrmacht mit Waffen, sondern beschäftigte während des Nationalsozialismus auch ZwangsarbeiterInnen, von jenen viele das Unternehmen später auf Entschädigung klagten. Das Unternehmen aus Düsseldorf, unterläuft aktuell die nötige deutsche Genehmigungspflicht für Waffen indem sie Tochtergesellschaften in Italien und Südafrika baut, um so beispielsweise Saudi-Arabien zu beliefern. Außerdem gibt es bereits ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Türkei, hier Waffen- und Panzerfabriken zu bauen. Doch damit nicht genug, Rheinmetall beliefert auch das türkische Militär, die seit Oktober 2019 ihr Vernichtungsschlacht an der kurdischen Bevölkerung umsetzt. Welche Rolle hierbei der österreichische und deutsche Staat spielen, kann kaum in seiner vollständigen Transparenz wiedergegeben werden, außer dass sie den Partnerschaften Rheinmetalls mit despotischen Regierungen zusehen, und damit aber auch die Auslöschung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei, dem Irak und Nord-Ost-Syrien (Rojava) unterstützen. Aber solche Unerträglichkeiten sollte im Neoliberalismus nicht weiter verwunderlich sein, denn das Konzept Rheinmetalls fußt auf die Bedrohung und Zerstörung des Menschenlebens, deshalb bedeutet Krieg: Gewinn für Rheinmetall. Gewinn für Rheinmetall bedeutet, Wachstum für den Wirtschaftsmarkt. Hier fließen Millarden ein, weshalb ökonomische Interessen die politischen überschatten. Der Begriff des Rechts erlebt hier eine Umkerhung, oder aber es zeigt sich darin offentsichtlicher, das auch die Rechte besonderen Interessen unterliegen.

Recht – Rojava
Wie abstrakt und beliebig in seiner Anwendung der Begriff des Rechts gefasst ist, sehen wir ja am Verbrechen der Staaten an den Flüchtlingen an der türkisch-griechischen Grenze. Wo war hier das Recht auf ein würdiges Leben, Recht auf Asyl, kurzum wo sind die Menschenrechte, warum haben sie hier nicht durchgegriffen? Kann es sein, dass der ganze Diskurs der Menschenrechte selbst ein Überbleibsel des kolonialen Denkens ist? Kann es sein, dass Menschenrechte ein Spiel der Machtverhälltnisse sind, die der Macht des Stärkeren unterliegen? Ein ähnliches Problem, wo das Recht auf Leben sich dermaßen aushöhlt, sehen wir am Besatzungskrieg des türkischen Militärs in Rojava: Bündnisse mit Erdogan erlauben vielen Staaten nicht, ihre Interessen zurückzunehmen um der kurdischen Bewegung in Rojava etwas so grundlegendes wie das Lebensrecht zuzusprechen. Das kurdische Projekt, das sich als Demokratischer Konföderation defiminiert, erstreckt sich geographisch über Nord- und Ost-Syrien und ist ein Lebensraum für unterschiedliche Kulturen, das ohne die Anerkennung anderer Staaten seine Existenz nicht legitimieren kann. Ein Vergleich zum israelischen Staat, dessen Existenzrecht vor dem Hintergrund der Schoah verständlich ist, ist hier kategorisch fehl am Platz. Nämlich nicht allein weil der türkische Angriff auf die kurdische Bewegung nicht mit der Singularität des Nationalsozialismus zu vergleichen ist, sondern auch weil Israel nie beansprucht hat anti-kapitalistisch zu sein oder den Staat in eine Räte-Funktion aufzuheben, darin Bedürfnisse des Einzelnen kollektiv modifiziert werden. Wir sehen hier also den Antagonismus zwischen wirtschaftlichen Interessen neoliberaler Staaten und dem Lebensrecht der Bevölkerungsgruppen in Rojava, das aber auch erklärt, warum sich der Anerkennungsanspruch der autonomen Regierung Rojavas bis dato nicht erfüllte.

Politische Gefangene
In der Türkei wird jede Kritik am Regime Erdogans, sowie jede Befürwortung des kurdischen Projekts in Rojava als Hochverrat am Staate wahrgenommen. Deshalb sitzen so viele Menschen nun als politische Gefangene in Gefängnissen und werden interessanterweise nicht des Verrats bezichtigt, sondern wegen „kriminelle“ oder „terroristische Vereinigung“ angeklagt. Die Unanfechtbarkeit der Majestät Erdogans ist allerdings keine türkische Spezialität, denn in ihrem alleinigen Legitimationsanspruch erkennen Staaten prinzipiell nicht die Position ihrer politischen Gegner an, denn sonst würde die Anklage gegen Einzelpersonen oder Gruppen nicht „kriminelle“ oder „terroristische Vereinigung“ lauten, dadurch ihr politisch durchaus anerkennenswerte, ethisch hochstehende Motivation aberkannt wird und sie als ethisch minderwertige und ungewöhnlich brutale „Kriminelle“ erscheinen, die keinerlei Sympathie und Solidarität verdienen. Anerkannte der Staat Gruppen allerdings als politische Gegner, würde seine Legitimationsgrundlage ins Wanken geraten, denn er würde damit aussagen, dass er in Frage gestellt werden darf. So würden dann Systemgegner nicht mehr als Verbrecher interpretiert und politische Motivationen während eines Verfahrens nicht entpolitisert werden. Kann es etwa sein, dass der Rechtsstaat nicht allein nur seine Pflicht zu Recht und Wahrheit vernachlässigt, sondern auch sich seiner nicht gewiß ist? Sollte aber nicht ein freier Rechtsstaat genau dazu im Stande sein? Eine Verlegenheit, eine Ohnmacht im Herzen des Autoritarismus des Staates. Hinzufügen möchten wir, dass wir die politische Gefangenschaft nicht edler betrachten als Raub, Urkundenfälschung unter anderem. Diese Straftaten stehen für uns alle in einem Ensemble mit den Konstutionsbedingungen einer Gesellschaft und dem Rechtsstaat. Aber wie kam es zur aktuellen Lage von politischen Gefangenen, nämlich dass sie entpolitisiert, diskriminiert und ethisch disqualifiziert wurden?

Kriminelle Vereinigung
Im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhundert herrschte in den Gefängnissen eine bevorzugte Behandlung von politischen Gefangenen, das sich darin zeigte, dass gegen sie in der Regel nicht Zuchthaus, sondern Festungshaft – nämlich Einschließung – verhängt wurde. Diese Haftform enthielt etliche Vollzugslockerungen: nämlich freie Bücherbeschaffung, Bewegung im Freien bis zu fünf Stunden, Selbstbeköstigung, freien Empfang von Besuchern, sowie Erleichterung beim Schriftverkehr und beim Kontakt mit anderen Gefangenen. Allerdings sollte der Beweggrund für die Tat, aus den sittlichen, den religiösen oder politischen Überzeugungen des Verurteilten resultieren. Dadurch wurden politische Delikte nicht allzu diskriminiert, die höheren Klassen, namentlich die Bourgeoisie, respektierte auf diese Weise, „jenes Mittel der Auseinandersetzung, durch das sie selbst zur Herrschaft gelangt ist: die Gewalt“ nämlich „die politisch motivierte Gewalt.“ So der Rechtswissenschaftler Rolf Gössner in seinem „Anti-Terror-System“ Buch. Weiters hält Gössner fest, dass diese Privilegierung nicht allzu lange gehalten hat, sondern sich in seinem Gegenteil verkehren sollte, nämlich als, Zitat: als sich die „reaktionär-konservative Richterschaft schwer damit tat, diese Vergüngstigungen nicht nur rechten, sondern auch linken politischen Gefangenen zu gewähren. Die Justizpraxis hatte sich damit bereits weitgehend vom Geist der noch gültigen Normen verabschiedet, als diese schließlich von den Nazis Anfang der dreißiger Jahre auch formal abgeschafft wurden.“ Diese endgültige Abschaffung der Privilegien wird vom berüchtigten Staatssekretär Roland Feisler im NS-Reichsjustizministeriums mit der Begründung gerechtfertigt, dass für die „Anerkennung der Gesinnungstäterschaft im nationalsozialistischen Strafrecht“ kein Raum sei. Denn das würde „der Bewertung des Täters als zwar gegnerischem, aber doch anständigen Kämpfer entsprechen.“ Das sei aber im Nationalsozialismus nicht möglich. „Stattdessen wurde der politische Gegner zum besonderen schweren Kriminellen gestempelt.“ so Gössner. Das Program gegen den Staatsfeind lautete im Strafmaß und Strafverfolgung: kraftvolle Strenge und erforderlichenfalls völlige Vernichtung. Mit Gössners Worten halten auch wir dieses Rechtsverständnis für Justizterrorismus und stellen mit ihm fest, dass sie seit des NS-Regimes im jetzigen Rechtstaat weder in Deutschland noch in Österreich bewältigt, sondern sogar in unterschiedlichen Formen generiert worden ist. Der politische Gehalt von Strafprozessen wird eliminiert umso den politischen Gegner zu verfolgen, deshalb auch die Bedeutung der Strategie der Entpolitisierung von Straftaten für die Strafjustiz. Der schnellste Weg politische Gegner zu kriminalisieren lautet in der beliebten Literatur des Neoliberalismus neben den Arbeitsverträgen im Strafgesetzbuch: Paragraph 278 in Österreich und Paragraph 129 in Deutschland. Damit wird nicht nur das durchgängig behauptete Demokratie-Verständnis des Rechstaates verletzt, sondern auch das historische Skandal vertuscht, den nationalsozialistischen Charakter des Strafrechts nicht revidiert zu haben.

Solidarität
Nun, was aber passiert mit der politischen Bedeutung eines Verfahrens? Wohin schwindet dieser im Strafprozess? Sie hallt nicht in den Wänden des Gerichts, denn die Anklage abstrahiert den gesammten politischen, gesellschaftlichen wie individuellen Kontext einer Straftat und fokussiert sich auf die konkreten Straftaten. Allerdings machen solche Strafprozesse die schändlichen „Demoktratien“, Despotien und degenerative und reaktive Regierungsformen sichtbar. Genau diese Sichtbarkeit hallt dann als Echo in der Solidarität wieder. Es sind immer die repräsentativen Interessen die unsere Kräfteverhältnisse zerstören, verwechselt diese nicht mit eure affektiven Solidarität! In diesem Zusammenhang möchten wir euch auf zwei Spendenaufrufe aufmerksam machen:

Spendenaufruf Causa Rheinmetall
Derzeit gibt es viele Aktivist*innen und Gruppen, die auf die wesentliche Rolle Rheinmetalls in der Vernichtung von ganzen Bevölkerungsgruppen aufmerksam machen. Wie sicher sich Rheinmetall auch in Wien fühlt, zeigte eine haarsträubende Festnahme Im Oktober 2019. Vier Personen wird vorgeworfen Transparente und Graffiti an der Außenmauer der Firma Rheinmetall in Wien Liesing angebracht zu haben. Dies zur Grundlage nehmend, wurde eine Person direkt vor dem Firmengelände festgenommen; drei weitere Personen wurden später in der Gegend aufgegriffen, nachdem die Polizei mit Hubschraubern nach weiteren „Sprayern“ gesucht hatte. Dieses Spektakel war der Polizei jedoch nicht genug, um für den Schutz der Firma Rheinmetall zu sorgen. Den Festgenommenen wird nun Sachbeschädigung zur Last gelegt, woraufhin bei Dreien Hausdurchsuchungen durchgeführt wurden. Den Höhepunkt des Repressionsschlags stellt jedoch die Abschiebung und das 10-jährige Einreiseverbot nach Österreich für einen der Festgenommen (dt. Staatsbürger) nach Deutschland dar, die noch am selben Tag durchgeführt wurde. Gegen diese rechtlich zweifelhafte Maßnahme wurde von dem Betroffenen Einspruch eingelegt und die betroffene Person darf ihren Wohnsitz wieder in Wien beanspruchen.

Der Verweis auf das umsatzsteigernde Geschäf mit dem Blut und damit den Pakt Rheinmetalls mit Erdogan und anderen Verbrechern, hatte im Oktober des vergangenen Jahres die Repression und Kriminalisierung der Angeklagten in Wien zur Folge. Jetzt ist es jedoch mehr denn je von nöten auf diese verbrecherischen Geschäfte der Rüstungsindustrie hinzuweisen und Solidarität mit dem emanzipatorischen Gesellschaftsprojekt in Nord- und Ostsyrien zu zeigen, es zu verteidigen, für es einzustehen.

Kriminalisieren wir die Firma Rheinmetall und nicht diejenigen, denen vorgeworfen wird, auf diese Verbrechen hinzuweisen!

Da sowohl für die fremdenrechtliche wie strafrechtliche Angelegenheit schon Kosten angefallen sind, können die Betroffenen nun finanziell unterstützt werden:

Rote Hilfe Wien
IBAN: AT46 6000 0103 1036 9883
Betreff: Antimilitarismus

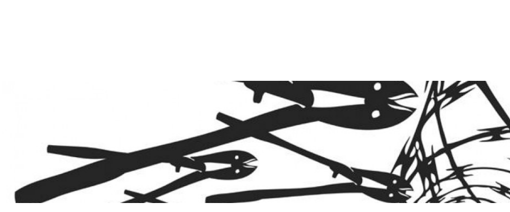
Der zweite Spendenaufruf richtet sich für politische Gefangene in der Türkei:

Spendenaufruf pol. Gefangene in der Türkei

Mit dem 14. April 2020 erließ die türkische Regierung aufgrund der aktuellen Pandemie ein selektives Amnestiegesetz, darin sie sich einmal mehr in ihre Grausamkeit überbot. Obgleich das Amnestiegesetz der Verschlechterung der Gesundheit der Gefangenen in den Gefängnissen entgegenwirken sollte, benutzte Erdogan diese Maßnahme als Kampfmittel um seine „politischen Gegner“ weiter zu tyrannisieren. Weder die steigende Anzahl der an Covid-19 Infizierten Häftlinge, noch die bestätigten Todesfälle hinderten ihn von den Maschen der Macht Abstand zu nehmen. Die Regierung Erdogans kennzeichnet sich vor allem durch ihre Einführung von Sondermaßnahmen oder Ausnahmezuständen aus, so auch am Amnestiegesetz während der Pandemie: das Sonderamnestiegesetz schließt die politischen Gefangenen, nämlich jene mit „terrorismusbezogenen Anklagen“ aus seinem Geltungsbereich aus. Durch Erdogans alleinige Herrschaft über die Judikative, Exekutive und Legislative entleeren sich Begriffe wie Freiheit, Gerechtigkeit oder Solidarität dermaßen, dass nur noch der Überlebenskampf zählt. Der Kampf ums Überleben zeigt sich nicht nur in den Gefängnissen bei den politischen Gefangenen, sondern eben auch an der kurdischen Gesellschaft im Zuge des Besatzungskrieges Erdogans im Nordsyrien.

Entgegen dieser ungeheuren Logik des Erdogan Regimes, möchten wir den politischen Gefangenen in der Türkei unseren Enthusiasmus für ihre Kritik an den bestehenden, unerträglichen Verhältnissen zeigen und rufen euch auf, sie finanziell zu unterstützen damit ihre Anwaltskosten gedeckt sind!
Spenden bitte auf unser Konto:

Rote Hilfe Wien
IBAN: AT46 6000 0103 1036 9883
BIC: BAWAATWW
Stichwort „Türkei Knastsoli“



Aktualisierungen über unseren anarchistischen Gefährten Gabriel Pombo Da Silva

quelle: panopticon.blogsport.eu



Am vergangenen Donnerstag, dem 11. Juni, bewies das Provinzgericht, das Gericht, dass an der untersten Stufe der Gerichtspyramide in Spanien steht, seine inquisitorische Macht, indem es den Antrag auf Aufhebung des EuHB (Europäischer Haftbefehl) ablehnte, der unseren Gefährten nach dreieinhalb Jahren Freiheit in den Kerker des Staates zurückschickte.

Nach anderthalb Jahren der Geheimhaltung wurde Gabriel am 25. Januar auf portugiesischem Territorium verhaftet, nachdem das oben erwähnte EuHB vom Gericht Nr. 2 von Girona (insbesondere von Richterin Mercedes Alcazár Navarro) ausgestellt worden war, mit der Absicht, dass er weitere 16 Jahre im Gefängnis zu verbüßen hat, die als Reststrafe angerechnet werden (Antwort auf die Beschwerde wegen Vergehens gegen die Richterin, weil sie die Anordnung zur sofortigen Freilassung Gabriels im Juni 2016, die seine Freilassung verzögerte, vertuscht hatte, hat diese Richterin ihre eigene Rache in Gang gesetzt!)

Nach dreieinhalb Monaten Untersuchungshaft (Monate, in denen klar war, dass Portugal sich dem Druck des Gerichts von Girona Nr. 2 unterworfen hatte und dass die europäischen Regeln, die die Freilassung unseres Gefährten ermöglicht hätten, nicht angewandt worden waren), wurde er am 12. Mai den spanischen Behörden übergeben und befindet sich derzeit im Gefängnis von Badajoz (Extremadura).

Der Antrag auf Nichtigerklärung durch die EuHB wurde durch die Rechtswidrigkeit des Antrags legitimiert, der unter völliger Verletzung des „Grundsatzes der Spezialität“ gestellt wurde: eines der Grundprinzipien des Gemeinschaftsrechts, das das Verbot der Vollstreckung einer Strafe vor derjenigen, für die die Auslieferung erfolgt, festlegt (aufgrund dieses Grundsatzes wurde Gabriel 2016 freigelassen, da er keine frühere Strafe mehr verbüßen musste). Politisch ist es bedeutsam, dass das Provinzgericht, das vor Tagen mit Richter Navarro vereinbart hat, dasselbe ist, das vor vier Jahren die Freilassung (!!??!!!!) Gefährten vereinbart hat, bestätigte.

In der Zwischenzeit wurde das FIES-Regime auf Gabriel angewandt, insbesondere der FIES 5, der für Gefangene mit „besonderen Merkmalen“ geschaffen wurde (die, um einige Beispiele zu nennen, mit internationaler Kriminalität, geschlechtsspezifischer Gewalt oder mit rassistischem oder fremdenfeindlichem Charakter, sehr schweren Straftaten, die große soziale Beunruhigung hervorgerufen haben, islamistischem Terrorismus, radikalem Fanatismus im Zusammenhang mit der terroristischen Ideologie …!?!! zu tun haben). Im Rahmen des FIES-Regimes wurde ihm der 2. Grad (er konnte bereits Gefängnisleistungen in Anspruch nehmen, Genehmigungen erhalten und sogar Bewährung erhalten) und die Intervention aller Mitteilungen (offene Briefe, gelesene und aufgezeichnete Besuche) gewährt.

Da er sich im Gefängnis von Badajoz befindet, hat unser Gefährte, abgesehen von 5 kleinen Postkarten, die ihm einige Tage nach seiner Ankunft gegeben wurden, keine Art von Korrespondenz erhalten, trotz der vielen Briefe und mehreren Bücher, die ihm geschickt wurden… Nichts Neues unter der Sonne der Isolation und Repression! All dies stellt einen Widerspruch dar, der darauf abzielt, ihn zu provozieren… die Botschaft lautet: „Du bist nicht mehr der Staatsfeind Nummer eins, aber du bist immer noch ziemlich gefährlich, vor allem auf ideologischer Ebene… wenn du dich gut benimmst, werden wir dir einige Gelegenheiten geben“. Jetzt, da er „eingestuft“ wurde und das oben erwähnte Gericht sein Urteil gefällt hat, wissen wir, dass die rechtlichen Mittel, die Gabriel zur Verfügung standen, um bald wieder Freiheit zu genießen, vorbei sind; in kurzer Zeit wird er in ein anderes Gefängnis verlegt werden. Der Anwalt wird alle notwendigen Rechtsmittel einlegen, bis wir diesen langen Kampf gewonnen haben.

Gabriel ist gesund und stark wie immer… er sendet eine große Umarmung an alle gleichgesinnten und unterstützenden Personen.

Solidarität ist eine Waffe… lasst sie uns einsetzen… auf ernsthafte und intelligente Weise!
Freiheit für Gabriel! Gefährte, du bist nicht allein!
Freiheit für alle!
Lang lebe die Anarchie!

Um Gabriel zu schreiben:

Gabriel Pombo Da Silva
Centro Penintenciario Badajoz
Olivenza-Straße, Km 7,3
06011 Badajoz
Spanien-España

Weitere Updates aus Italien



Italien – Operation „Prometeo“ [Prometheus] – Updates über Natascia aus dem Gefängnis Piacenza – 24. Mai 2020

quelle: actforfree.nostate.net, übersetzung abc wien

In Übereinstimmung mit dem Dekret über das Ende der Abriegelung, hat das Gefängnis von Piacenza die Besuche wie folgt wieder aufgenommen: nur eine Stunde pro Monat, ein Abstand von zwei Metern zwischen der Gefangenen und ihrem Verwandten/Freund*innen, Masken und Trennscheiben und das Verbot von Körperkontakt. Nicht einmal eine Umarmung oder ein Kuss, um Hallo zu sagen. Verständlicherweise hat sich Natascia dafür entschieden, ihre Verwandten und Freund*innen weiterhin von Zeit zu Zeit über Skype zu sehen, statt der persönlichen Farce mit einem Abstand von zwei Metern durch ein Trennglas und absolutem Körperkontaktverbot.

Die Grüße von Gefährt*innen und Solidaritätsbekundungen am vergangenen Dienstag vor dem Gefängnis von Piacenza wurden schließlich auch dort wahrgenommen, wo Natascia gefangen gehalten wird, im AS3-Flügel, wo die Zellen weiter innen liegen und weiter von den Gefängnismauern entfernt sind. Natascia und die anderen Gefangenen haben zurückgerufen und versucht zu antworten, in der Hoffnung, dass sie von draußen verstanden werden.

Nachdem der Flügel von einem offenen zu einem geschlossenen Regime übergegangen war – offiziell als Maßnahme aufgrund des Gesundheitsnotstands – änderte sich die Atmosphäre. Jetzt ist allen klar, dass die Ausrede mit dem Gesundheitsnotstand nur ein Witz war und dass sie nicht die Absicht haben, das offene Regime wieder einzuführen, da sich der Rest des Gefängnisses nun im offenen Regime befindet.

Elena und Nicole, die vor kurzem zusammen mit fünf Gefährt*nnen [alle wurden am 30. Mai freigelassen] verhaftet wurden, befinden sich ebenfalls im Gefängnis von Piacenza, jedoch in „gesundheitlichem Arrest“, und deshalb konnte sie [Natascia] sie nur flüchtig sehen. Auch wenn sie traurig und wütend über ihre (und die Verhaftung der anderen) ist, kann sie es kaum erwarten, sie zu sehen.

Am 27. Mai wird es beim Revisionsgericht eine Berufung geben, in der die Verteidigung erneut die Aufhebung der Freiheitsstrafe für Natascia fordern wird. In der Zwischenzeit befinden sich Natascia und Beppe seit über einem Jahr im Gefängnis und warten auf ihren Prozess.

Wegen der Abriegelung war es in den letzten Monaten nicht möglich, Benefizveranstaltungen zu organisieren, um Natascia und Beppe (und all die anderen inhaftierten Gefährt*innen) finanziell zu unterstützen. Jeder Beitrag wäre daher wirklich willkommen.

Um uns bei der Finanzierung der laufenden Gerichts- und Gefängniskosten für Natascia und Beppe zu helfen, könnt ihr auf folgenden Konten überweisen:

– Postepay evolution
Account name Vanessa Ferrara
Number 5333 1710 9103 5440
IBAN: IT89U3608105138251086351095

– Postepay evolution
Account name Ilaria Benedetta Pasini
Number 5333 1710 8931 9699
IBAN: IT43K3608105138213368613377

HIER NOCH EINMAL DIE ADRESSEN UM NATASCIA UND BEPPE ZU SCHREIBEN:

Natascia Savio
C.C. San Lazzaro
Strada delle Novate 65
29122 Piacenza
Italy

Giuseppe Bruna
C.C. Pavia
Via Vigentina 85
27100 Pavia
Italy

FREIHEIT FÜR NATASCIA UND BEPPE, FREIHEIT FÜR ALLE!

(Rom) Operation Bilaystock. Teil einer Strategie…

quelle und übersetzung: panopticon.blogsport.eu

Mehrere italienische Medien haben die Verhaftung von sieben „gefährlichen“ Anarchist*innen in Rom (Italien), Sant Etienne (Frankreich) und Almeria (Spanien), sowie den Überfall auf das soziale Zentrum „Bencivenga Occupato“ in Rom, welches als die Zentrale dieser angeblichen anarchistischen „Zelle“ dient, welche die Verhafteten angeblich zugehören, als einen spektakulären „Erfolg“ von „polizeilicher“ und „antiterroristischer“ Zusammenarbeit gefeiert und verbreitet.

In der Operation der Polizei gegen das soziale Zentrum, haben diese nichts gefunden was den Überfall rechtfertigen könnte. In diesen Operationen ist es üblich das die Polizei Wohnungen durchsucht, aber bis zum jetzigen Moment ist es uns nicht bekannt dass in irgendeiner Durchsuchung irgendwas gefunden worden wäre was von Bedeutung sei.

Diese Hausdurchsuchungen werden immer ausgenutzt, um verschiedene persönliche Gegenstände und Geld zu entnehmen. Es ist egal ob das konfiszierte dazu dient um irgendetwas zu beweisen, denn diese Überfälle und die indiskriminierte Aneignung (A.d.Ü., seitens der Behörden) Teil der repressiven Strategien sind, die versuchen die Gefährt*innen mittellos zu lassen, sowie eine (A.d.Ü. repressiven Strategie) in der öffentlichen Meinung das Bild zu hinterlassen, dass es sich hier um ein gravierendes Risiko mit „gefährlichen Gegenständen“ handelt, und bei den Kollektiven und Individuen mit einer politischen Affinität, die Gefahr der revolutionären Solidarität mit den gefangenen Gefährt*innen zu verinnerlichen, und die Angst gewisse Gegenstände zu besitzen, wie Bücher, Zeitschriften, T-Shirts, Musik. Usw., sowie das Herausgeben oder Verwalten von Publikationen, Webseiten und andere Medien der Diffusion von ideologischen Inhalten und Parolen gegen das System.

In der repressiven Operation Bialystok, wird auf die Idee insistiert dass es ein internationales Netzwerk von anarchistischen „Zellen“ gibt, die „terroristische“ Ziele folgen, die, so die Staatsanwaltschaft, mit ihren subversiven Aktionen, auf der einen Seite, das demokratische System und deren Staaten zu destabilisieren, auf der anderen, die „aufständische/insurrektionalistische anarchistische Bewegung weltweit zu reorganisieren“.
Die Sicherheitsbehörden verschiedener Ländern, haben des öfteren, mit dem Ziel die Gruppen und Individuen der anarchistischen Gemeinschaft zu neutralisieren, versucht „nationale und internationale terroristische Verschwörungen“ zu erfinden.

Die soziale repressive hat bei der Erstellung der Diskurse der offiziellen Versionen, eine seiner Hauptstrategien. In diesen von der politischen Polizei und der Antiterrorpolizei verfassten Berichten fällt die Verbreitung dieser Diskurse oder repressiven Operationen nie zufällig zusammen, sondern dient als Ergänzung zu den offiziellen kriminalisierenden Versionen über die Gefangenen und die Bewegung, so dass bei einer ersten Verhaftung die Fälle nicht abgeschlossen werden und mit den folgenden Verhaftungen in Verbindung stehen.

Der Marini-Prozess in Italien Mitte der 1990er Jahre wäre ein deutliches Beispiel und ein Ausgangspunkt für diese strategische internationale justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit, bei der Ereignisse in einem Land repressive Polizeiaktionen in anderen Ländern auslösten, die versucht wurden, miteinander zu verbinden oder in Beziehung zu setzen, wodurch diese Vorstellungen von anarchistischen Netzwerken und Zellen entstanden, die zu terroristischen, ökoterroristischen und aufständischen/insurrektionellen anarchoterroristischen Zwecken organisiert waren.

So kam es im Jahr 2000 auf dem Territorium des spanischen Staates und im Rahmen des Kampfes gegen die FIES zu mehreren Verhaftungen von Anarchist*innen, die versuchten, sich mit anderen Anarchist*innen im Gefängnis zu verbünden, wodurch die absurde kriminalisierende Logik entstand, die die Gefangenen als „Angriffs-“ Gehirne und „Zielmarkierungen“ herausstellte, und die Anarchist*innen auf der Straße als ihre Vollstrecker*innen, das „anarchistische Dreieck des Mittelmeers“ wurde erfunden, das die Ziele der aufständischen Anarchist*innen Italiens, Griechenlands und des spanischen Staates miteinander verband und das dazu dienen konnte, jede beliebige Alarmsituation gegen den sozialen Frieden zu schaffen.

Es ist kein Zufall, dass die jüngsten Verhaftungen in Italien im Rahmen der Operation Bialystok mit einem anderen anarchistischen Gefangenen in Italien, Alfredo Cospito, der als „Gehirn der Zelle“ gilt, und mit den Häftlingen in Verbindung gebracht wurden, die – anonym oder nicht – Anschläge verübt haben.

Es ist auch kein Zufall, dass diese Operation „nach jahrelangen Ermittlungen“ durchgeführt wurde, kurz vor der Revision des Prozesses gegen die Gefährt*innen, die in der Operation „Scripta Manent“ angeklagt sind, bei der sich der Gefährte Alfredo Cospito auch befindet, der schon zu vielen Jahren Haft verurteilt worden ist und der aus dem Gefängnis heraus weiterhin den kriminellen italienischen Staat anprangert und seine Ideen des aufständischen/insurrektionellen Kampfes verbreitet hat.

Der Name der Operation ist kein Produkt des Zufalls, sondern der repressiven Perversion, die bereits auf den Namen des Gefährten Alfredo Cospito, als Ideologen hindeutet, da er einem Buch entnommen wurde, das vom Gefährten Alfredo vorgestellt wurde und in dem die Geschichte des Kampfes einiger russisch-jüdischer Anarchist*innen vom Ende des neunzehnten Jahrhunderts in der Stadt Bialystok erläutert wird.

Italien steht an der Spitze der repressiven Politik gegen soziale und politische Bewegungen und beeinflusste mehrere Länder in den europäischen Demokratien.
Diese Strategien der Kategorisierung durch den italienischen Staat und seine repressiven Organe von Anarchist*innen, die zwischen verschiedenen „Modalitäten“ des Aufstands unterscheiden und zwischen „guten“ sozialen Anarchist*innen und „schlechten“ individualistischen Anarchist*innen trennen, werden von der Anarchistin Anna Beniamino, die wegen der Operation Scripta Manent zu 17 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, in aller Deutlichkeit erklärt: „Die Tatsache, dass es innerhalb des Anarchismus verschiedene Spannungen und Tendenzen gibt, ist real, aber es ist auch wahr, dass diese Art der starren Kategorisierung ein inhärentes Merkmal der Mentalität und der Anforderungen der Inquisitor*innen ist, die sich der Abgrenzung eines bestimmten Gebietes widmen, um ihre Manöver so gut wie möglich durchzuführen: In diesem Raum findet die nächste Operation statt.“
Mit diesen repressiven Strategien wird nicht „die Zensur der demokratischen Meinungsfreiheit“ und auch nicht ein hypothetisches „Meinungsdelikt“ beurteilt, sondern ein Krieg gegen die anarchistischen Grundlagen der Propaganda durch die Tat, da sie die Gedanken und Handlungen verbindet. Diese Angriffe auf die anarchistischen Kommunikationsmedien und anarchistischen Informationen bekräftigen nicht nur ihre Gültigkeit, sondern auch ihre fundamentale Rolle gegen das Schweigen und die Domestizierung.
Nach den Worten der Genossin Anna hat der italienische Staat „beschlossen, eine ganze anarchistische Tendenz zu verfolgen: den anti-organisatorischen Anarchismus“.
Denjenigen, die angesichts der aufständischen Kämpfe und der Repression gegen Aufständische den Rücken kehren oder wegschauen, teilen wir mit, dass wir mit absoluter Gewissheit wissen, dass die Staaten und ihre Repressionskräfte nie daran gedacht haben, dort aufzuhören.



Diejenigen, die nicht sterben, finden sich selbst – Gedanken zur repressiven Operation ‚Ritrovo‘

quelle: anarchistsworldwide.noblogs.org, übersetzung abc wien

Am Mittwoch, 13. Mai 2020, gegen 2 Uhr morgens, krachten die Ros von Bologna, Florenz und Fidenza zusammen mit 200 Carabinieri in das Leben von 12 Anarchist*innen. Der GIP [Richter für die Voruntersuchungen] Panza hat auf Antrag des Staatsanwalts Dambruoso für sieben die Verhaftung und für fünf die Verpflichtung zum Aufenthalt mit nächtlicher Rückkehr (für vier davon auch die tägliche Unterschrift) beschlossen. Ein Skript, das wir gut kennen und das dank der Erklärungen der Staatsanwaltschaft, die den „präventiven“ Charakter der Verhaftungen offenbaren, die Botschaft für alle noch deutlicher macht: Damit es denjenigen klar gesagt sei, die hoffen, dass die Krise die Möglichkeit eröffnet, die gegenwärtigen sozialen Beziehungen zu erschüttern, die der Staat nicht ändert. Die Anschuldigungen werden mit dem Zweck des Terrorismus und der Untergrabung der demokratischen Ordnung in Verbindung gebracht, mit dem Ziel, Kriminelle zu Verbrechen anzustiften, einen gewissen Schaden anzurichten und Feuer zu legen.

270bis: Vereinigung zum Zwecke des Terrorismus
Obwohl der Vorwurf vom Tribunal delle libertà während der Überprüfung für unangebracht befunden wurde, möchten wir es wagen, ein paar Worte zu dieser Angelegenheit zu sagen, angesichts der getroffenen Vorsichtsmaßnahmen und weil der GIP Panza wieder auftaucht.

Auch bei dieser Operation, die „Ritrova“ genannt wird, stehen die Kämpfe im Mittelpunkt der Anschuldigungen. Vor allem zwei: die gegen die CPRs [Abschiebegefängnisse für Migrant*innen] und die gegen die Gefängnisse – unabhängig davon, ob diese für Gefährt*innen gedacht waren oder nicht. Der Staat drückt es klar und deutlich aus: Terrorist*innen sind diejenigen, die sich solidarisch zeigen, diejenigen, die kämpfen, diejenigen, die nicht den Mund halten, diejenigen, die eine offene Zustimmung zu direkten Aktionen und radikalen Formen der – ebenfalls illegalen – Opposition gegen die Strategien der Unterdrückung und Ausbeutung zeigen. Und nicht nur das, eine Wiederholung, die sich auch in anderen repressiven Operationen der letzten Zeit findet, ist die Verwendung des Verbrechens der Aufstachelung zur Begehung von Verbrechen als Klebstoff der assoziativen Hypothese: Das Wort ist in diesen Zeiten beängstigend, und der Staat bewegt sich jetzt in der Modalität eines Regimes. Dies geschieht schon seit einiger Zeit, und wir erwarten, dass es auch weiterhin geschehen wird.

Nach Angaben der Behörden hatte die „Zelle“ von Bologna die Fähigkeit, kleine, aber reproduzierbare Aktionen anzustoßen, die auf nationaler Ebene durch ähnliche Gruppen ausgeführt wurden. Gruppen, mit denen die erwähnte „Zelle“ in Kontakt stand: eine Verzweigung, die in der Lage war, „die öffentlichen Gewalten zu zwingen, eine Handlung auszuführen oder zu unterlassen“.

Unser Standpunkt in dieser Angelegenheit ist einfach: Wenn es Terrorismus ist, Solidarität mit denen zu üben, die sich auflehnen und gegen Ungerechtigkeiten Partei ergreifen, dann sind wir alle Terrorist*innen. Wir nehmen den Vorwurf gerne auf uns, wenn es in dieser terroristischen Welt diejenigen sind, die nicht den Mund halten und sich für einen Angriff entscheiden. Die gleichen Institutionen anzugreifen, die aus Angst die Regierung des Volkes bilden. Wir könnten über Kriege, Bomben auf den Plätzen, Tote auf See und Schlagstöcke sprechen, aber was bringt das? Haben die letzten drei Monate nicht ausgereicht, um uns begreifen zu lassen, wie viel Angst der Staat braucht, um uns zu regieren? Die Furcht vor Kontrollen, die Furcht vor der Willkür der Ordnungskräfte, vor dem „Machtmissbrauch“, die Furcht, krank zu werden und Menschen krank zu machen, gewaltsam zur Arbeit gezwungen zu werden und angesichts des Abbaus des Gesundheitswesens nicht angemessen behandelt werden zu können. Eine Angst, die immer erschreckender wird, wenn wir an die Verhaftungen von Streikenden und die vierzehn Toten in den Gefängnissen denken.

Das Krisenmanagement von Covid-19 hat deutlich gezeigt, welche Menschen in einem Regime der techno-digitalen Produktion am meisten für die Macht entbehrlich sind, wie z.B. ältere und behinderte Menschen in Alten- oder Behindertenheimen; und nicht Gefangene, kriminalisierte Körper in Gefängnissen und CPRs.

Ein wachsender Teil der Bevölkerung leidet unter einem zunehmenden Grad an Gewalt und die Reaktion darauf wird bald als Terrorismus klassifiziert werden.

Aufstachelung zur Begehung einer Straftat
Heute ist der Vorwurf der Anstiftung zu einer Straftat ein klarer Widerspruch, Ungerechtigkeit und Willkür, auf der Macht beruht. Damit Aufwiegelung stattfinden kann – bekräftigt Staatsanwalt Dambruoso – ist ein adäquater und aufnahmefähiger Kontext notwendig; damit Ideen nicht weiterverfolgt werden, ist es wie in diesem Fall notwendig, dass das wirtschaftlich-soziale Umfeld adäquat ist, um die Aufwiegelung zur Begehung der Straftat aufzunehmen. In diesem Sinne: Was gestern noch keine Aufwiegelung war, wird heute zur Aufwiegelung, weil sich die Zeiten geändert haben. Was braucht es noch, um zu begreifen, dass das Strafgesetzbuch nichts anderes als ein Instrument zur Aufrechterhaltung der Klassenungleichheit ist, das einzig und allein darauf abzielt, die herrschende Klasse zu schützen, die je nach der Luft, die sie atmet, Gefahr läuft, dass ihr heute der Hut und morgen der Kopf weggeblasen wird.

In dieser Perspektive erhält der „strategisch präventive Wert“ seine ganze Bedeutung. In einem Moment wie diesem ist eine Operation, die zwölf denkende Köpfe, zwölf freie Herzen wegnimmt, sehr bequem, denn – sie haben es selbst gesagt – die Krise ist drängend und die kommenden Zeiten werden für diejenigen, die auf dem Thron sitzen, dunkel sein. Die sechs verbleibenden Vorsichtsmaßnahmen (Residenzpflicht mit nächtlicher Rückkehr) betreffen in der Tat gerade den Straftatbestand der Volksverhetzung.

Gestattet uns jedoch eine kurze Klammer zu dieser „Vorsichtsmaßnahme“. Der erste Antrag auf vorsorgliche Maßnahmen, der ursprünglich vom GIP abgelehnt wurde, stammt vom Juli 2019, der zweite und angenommene Antrag hingegen vom 6. März 2020, dem Vorabend der Unruhen in den Gefängnissen. Die Operation war schon seit geraumer Zeit vorbereitet, und der „strategische präventive Wert“ wurde, zusammen mit einigen neueren Berichten über die

Garnisonen im Dozza Gefängnis, einem bereits dichten Bündel hinzugefügt.

Agitator*innen, Anstifter*innen, Propagandist*innen, sind etwas, was Anarchist*innen schon immer waren. Eines müssen wir jedoch klarstellen: Anarchist*innen sagen niemandem, etwas in ihrem Namen zu tun. Sie verteidigen, was sie für richtig halten, sie handeln selbst, allein oder mit anderen Menschen, aber sie stellen sich nie über andere, bereit, ihr Verhalten und Handeln zu gestalten. Das ist eine Strategie, die in der Politik angewandt wird, und wir haben kein Vertrauen in die Politik, wir vertrauen auf die direkte Aktion, in ihren tausend Formen, die das genaue Gegenteil von Politik ist.

Es geht nicht darum, die Anschuldigungen an den Absender zurückzuschicken, und noch weniger darum, zu einem Verständnis darüber zu kommen, ob Anarchismus und Anstiftung Hand in Hand gehen (eine Hetzrede, die wir gerne den Anwält*innen überlassen), sondern vielmehr darum, sich zu fragen, was die eigentlichen Ursachen der Revolte sind. Die Revolte liegt nach Ansicht einiger in den aufhetzenden Worten des Anstifters, in den Andeutungen des Verrückten, der die Fähigkeit hätte, diese beste aller möglichen Welten zu zerstören. Hätte es außerhalb der Mauern von Gefängnissen und CPRs keine Solidarität gegeben, wären die Revolten im Inneren nicht aufgetreten. Wie wir wissen, gibt es an bestimmten Orten Aufstände im Überfluss, auch ohne dass es draußen eine unterstützende Präsenz gibt, die als Resonanzboden fungiert. Denn das Bewusstsein für das Elend, in dem man lebt, das Erkennen des Feindes und die Notwendigkeit zu handeln, werden sicherlich nicht durch aufhetzende Reden bestimmt, sondern vielmehr durch die erlittenen Schikanen und die nicht mehr erträglichen Ungerechtigkeiten.

So ist es in den CPRs seit Jahren üblich, ebenso war es im März 2020 in den Gefängnissen, und so ist es auch in diesen Tagen in den Vereinigten Staaten, wo ein weiterer Schwarzer von weißen Polizisten ermordet wurde, und darauf hin ein Teil der Bevölkerung sich erhebt. Die Wut in den Vereinigten Staaten sagt es laut und deutlich: Es besteht keine Notwendigkeit, dass die Anarchist*innen anstiften, der Ekel dieser Welt ist an sich schon genug.

Ketzer*innen, Sozialist*innen, Autonome, Anarchist*innen, Antifa… sind Kategorien, mit denen die Regierungen immer versucht haben, das Phänomen der radikalen Opposition zu mystifizieren, um seine tiefen Wurzeln nicht zu bejahen, und damit sind sie nie sparsam umgegangen. Die Wahrheit ist jedoch, dass der Keim der Revolte in einem Terrain der Ausbeutung, Kontrolle, Unterdrückung, des Rassismus, der Ungerechtigkeit und zunehmend auch der grundlosen Ausflüchte liegt. Kein Wunder, wenn es eines Tages beschließen würde, auch hier zu sprießen, selbst angesichts des völlig ohrenbetäubenden Schweigens der Stimmen der Opposition. Seid versichert, es wird geschehen.

Man konnte es während der Monate der Quarantäne sehen. Während außerhalb der Regierung die manische Angst der Bevölkerung herrschte, war innerhalb der Gefängnisse dieselbe Angst für diejenigen, die ihre Macht stets auf dieselbe aufgebaut haben, unbeherrschbar geworden. Bereits am 26. Februar befahl Roberto Ragazzi, Leiter der Abteilung für Strafvollzugsmedizin in Ausl in Bologna, seinen Mitarbeiter*innen, im Gefängnis keine Masken zu tragen, um die Gefängnisinsass*innen nicht zu alarmieren.

Am 9. März, in die Enge getrieben und verärgert, entschieden die Gefangenen, dass die ihnen auferlegte Angst unerträglich geworden war, die Situation entging den Händen der Gefängnisinstitutionen und in Dozza brach ein Aufstand aus, den anderen folgend, die bereits entlang der Halbinsel die Gefängnisse angezündet hatten.

Wer kann angesichts dessen immer noch glauben, dass die Revolte in Wirklichkeit das Produkt einer Verschwörung oder eines einzelnen Protestierenden ist? Sind die Anarchist*innen die Anstifter*innen oder ist die Unbesiegbarkeit eines Lebens, das auf Angst und Schrecken beruht, die erste Quelle der Aufwiegelung?

Aktionen und Sabotage

Alles beginnt dort, so wird behauptet, auch deshalb, weil bereits seit einiger Zeit, mindestens seit 2016, Umgebung und Telefone abgehört wurden, wo die Bombe bei der Kaserne von Corticella platziert wurde. Alles würde jedoch von einer Nacht im Dezember 2018 ausgehen, als eine Antenne auf den Hügeln von Bologna in Brand gesteckt wurde. Die Radioverbindungen von Santa Liberata wurden von lokalen Radio- und Fernsehstationen sowie von Strafverfolgungsbehörden (Inter-Force-Netzwerk) und nicht näher bezeichneten Unternehmen genutzt, die an der Audio-Video-Überwachung beteiligt waren. Am Abend wurden einige Fernsehsender abgedunkelt, und die Guardia di Finanza [Finanzkriminalpolizei] erlitt eine vorübergehende Unterbrechung ihres Funkverkehrs. „Schaltet die Antennen aus, weckt das Gewissen, in Solidarität mit den Anarchist*innen im Gefängnis und unter Bewachung“ lautet die Inschrift, die in der Nähe hinterlassen wurde. Dies war eine der vielen Aktionen, die in Italien und Europa gegen die physische Infrastruktur der immateriellen Welt stattfand.

In der Zeit von Februar bis April 2019 kam es zeitgleich mit den Demonstrationen auf den Straßen, aber nicht nur dort, zu Vandalismus und Beschädigungen an den Filialen der Banken BPER und BPM, die beide sowohl in die Eigentumsverhältnisse der CPR-Struktur in Modena als auch in der Eröffnung involviert sind, sowie gegen Kameras, nationalistische Denkmäler und eine Carabinieri-Kaserne. Was können wir sagen, wenn die Verantwortlichen für Ungerechtigkeit und Unterdrückung etwas von der Bitterkeit abbekommen, die sie uns jeden Tag schlucken lassen, da können wir nicht anders, als uns zu freuen. Bestimmte Aktionen, wie klein sie auch sein mögen, haben für uns ihre eigene Bedeutung. Unser Kriterium der Gerechtigkeit ist nicht durch einen Kodex gegeben, dem wir nie beigetreten sind, sondern durch die Nicht-Zufälligkeit dieser Handlungen und die Bedeutung des von ihnen gewählten Ziels.

Sollen sie doch versuchen, uns mit Anschuldigungen zum Schweigen zu bringen. Es ist richtig, diejenigen zu treffen, die ausbeuten und unterdrücken, und das ist eine Tatsache.

Solidarität

Sich der Repression zu stellen bedeutet, Scheiße in Blumen verwandeln zu wollen.

Das Ausmaß der erhaltenen Solidarität war eine schöne Überraschung. Nicht nur von „Militanten und Aktivist*innen“, sondern auch von vielen Menschen, von denen niemand gedacht hätte, dass sie eine „Bande von Anarchist*innen“ verteidigen würden. Dabei haben Freundschaften, Bekanntschaften, Begegnungen und Menschen, die den Alltag prägen, kurz, der Alltag als solcher, sicherlich ein erhebliches Gewicht gehabt. Damit wollen wir nicht bekräftigen, dass die „soziale Verwurzelung“ das Rezept gegen Repression ist, auch weil eine genaue Definition davon ziemlich schwierig ist, noch sollten die Wege der Anarchist*innen so etwas notwendigerweise voraussehen. In dieser speziellen Situation ist dies jedoch eine Tatsache, über die wir berichten müssen.

Diese erhaltene Solidarität ist kein Zufall, so wie es auch kein Zufall ist, dass nach monatelangem Hausarrest, Angst und Polizeischikane einige Leute dachten, dass diese weitere repressive Wende, die sich gegen diejenigen richtet, die sich in jüngster Zeit klar gegen die Sicherheitslage ausgesprochen hatten, wirklich zu viel war. Die alten sozialen Beziehungen haben sich für die Ausgebeuteten zum Schlechteren gewandelt und müssen plötzlich normalisiert werden; vielleicht gibt es diejenigen, die keine Lust hatten, den Kopf zu senken, und sei es auch nur angesichts der Aussagen über den „strategisch präventiven Wert“, als wären ihre Freunde und Bekannten ein Virus, den es auszurotten gilt, unbequeme Menschen, die man unbekümmert loswerden muss.

Der Ehrlichkeit halber, sei jedoch auf eine Tatsache hingewiesen, der wir uns bewusst sind und über die es notwendig ist nachzudenken, bezüglich dessen, wie die Zukunft aussehen wird: Die Schwäche der Anklagehypothese war sicherlich ein wichtiger Faktor bei der Mobilisierung der Solidarität, insbesondere von Menschen, die weit von den Kämpfen entfernt sind. Sie hat sicherlich dazu beigetragen, eine Vorstellung entstehen zu lassen, dass sich hier ein Unrecht des Regimes ereignet hat. Die gegenwärtige Situation war ein Spiel, das ist uns bewusst. Wir wissen aber auch, dass die Solidarität revolutionär sein muss, immer auf der Seite derer, die gegen den Staat und die Herren kämpfen, und nicht durch die erhobenen Vorwürfe bedingt sein darf. Wir müssen die Ehrlichkeit haben, die Zusammenhänge zu lesen, aber auch die Konsequenz, unseren Überzeugungen auch in den schwierigsten Momenten treu zu bleiben und zu versuchen, starke und entschiedene Solidarität zu zeigen, auch wenn die Repression am härtesten zuschlägt. Genau aus diesem Grund haben wir es nie gewagt, von „setups“ zu sprechen, noch haben wir uns jemals – wie es richtig sein sollte – für einen unschuldigen Diskurs entschieden, selbst angesichts der wachsenden Solidarität, und versucht, weiterhin radikale Reden an so viele Ohren wie möglich zu bringen. „Schaltet die Antennen aus, weckt das Gewissen“, so wurde die Parade vom 30. Mai eröffnet, eine Erklärung, wie richtig direkte Aktionen, Sabotage und die Praktiken des Angriffs auf Strukturen und Diener dieses Systems sind.
Die erste Reaktion angesichts all dessen war, trotz Angst und Verboten, mehr als zuvor auf die Straße zurückzukehren, um das zum Ausdruck zu bringen, was für uns Solidarität ist: Praktiken.

Die Repression, wenn sie Genoss*innen und Weggefährt*innen der Kämpfe entführt, hat den Zweck, uns materiell einzuschränken, indem sie uns unsere Kraft nimmt und uns Angst macht. Wir müssen uns bewusst sein, dass unsere Wege die Möglichkeit vorhersehen, dass der Staat früher oder später an unsere Türen klopfen wird, wir müssen uns auf die Möglichkeit vorbereiten, dass Repression kommen wird, und in diesem Moment Klarheit bewahren, um nicht unterzugehen und – es wird trivial sein, aber – darauf mit der Wiederaufnahme der Kämpfe zu reagieren, um nicht die Kapitulation zu erklären. Gerade dann, wenn – wie in diesem Fall – die Solidarität angegriffen wird und gerade dann, wenn ihre Netzwerke in Frage gestellt werden, ist es notwendig, die Repression zu einer Bedingung und einer Gelegenheit zur Stärkung und Wiederbelebung zu machen. In der gemeinsamen Schwierigkeit kann sie zu einer Gelegenheit und einer Bedingung werden, um sich kennen zu lernen, einander zu verstehen und sich besser zu organisieren, sich gegenseitig zu stärken und Solidarität zur Waffe zu machen.

Die Zeit, die wir durchleben, zeigt, dass der Staat einen klaren und bedeutenden Weg eingeschlagen hat. Wir haben sehr wohl verstanden, dass die kommenden Monate und Jahre heikel und angespannt sein werden.

Bewusster und stärker als zuvor werden wir uns auf der Straße wiederfinden.

„Und sage, sage! Was würdest du sein
ohne Gott, ohne König, ohne Herren,
ohne Zwänge, ohne Tränen?
– Hier ist die Hölle los!“
– „Matricolati!“, Cronaca sovversiva, 26. Mai 1917…

Anarchist*innen aus Bologna

* Kurz vor dem endgültigen Entwurf dieses Textes, erhielten wir die Nachricht von einer weiteren repressiven Operation, die 7 Genoss*innen, 5 im Gefängnis und 2 zu Hause traf und von der Staatsanwaltschaft Rom durchgeführt wurde. Die Nachricht ist noch etwas bruchstückhaft, aber wir erkennen einige Ähnlichkeiten mit der in Bologna. Auch hier stehen die ROS an der Spitze der Anklage, die Vorwürfe sind 270bis (für Menschen im Gefängnis) zahlreichere spezifische Fakten, darunter ein Angriff mit dem Ziel des Terrorismus, Feuer und Anstiftung zu Verbrechen, mehrere Episoden würden Aktionen in Solidarität mit Gefangenen betreffen. Wir haben es gesagt, der Staat zeigt seine Muskeln in einem Moment der Geschichte, der voller möglicher Spannungen zu sein verspricht. Solidarität ist grundlegend, und wir bekräftigen sie ohne Wenn und Aber gegenüber den betroffenen Genossen in Rom.



Italien: Updates & Reflexionen hinsichtlich der repressiven Operation ‚Prometheus‘

quelle: anarchistsworldwide.noblogs.org,
übersetzung abc wien

Am 21. Mai 2019 leiteten die Carabinieri del Ros unter der Leitung der Staatsanwälte Piero Basilone und Alberto Nobili vom Anti-Terrorismus-Pool von Mailand die Operation „Prometheus“ ein, die zur Verhaftung von Natascia, Robert und Beppe führte, die des Artikels 280 des Strafgesetzbuches (Angriff mit terroristischen Motiven) in Verbindung mit der Versendung einiger explosiver Umschläge an Roberto Sparagna und Antonio Rinaudo beschuldigt wurden, Staatsanwälte, die sich seit Jahren für die Unterdrückung all derer einsetzen, die gegen diese Welt der Käfige und Unterdrückung kämpfen, und an Santi Consolo, den ehemaligen Direktor der Abteilung für Gefängnisverwaltung, der dafür verantwortlich ist, Gefängnisse zu echten Folterstätten zu machen.
Monatelang wurden die drei Genoss*innen in verschiedenen Gefängnissen der Halbinsel umhergeschoben und in Bereiche gebracht, in denen sie normalerweise nicht hätten sein dürfen, wie das islamische AS2 von Sassari und Rossano, das AS3 von Piacenza und der geschützte Bereich von Pavia. Am 2. Dezember 2019 wurde Robert, zu dieser Zeit ein Gefangener im AS2 von Sassari, ohne jegliche Vorsichtsmassnahmen freigelassen, und die Entscheidung kam vom Revisionsgericht, nachdem das Kassationsgericht im Oktober die Anordnung des GIP (Richter für die Voruntersuchungen) mangels „ernsthafter Hinweise auf Schuld“ aufgehoben hatte. Die Kassationsbeschwerde war für ihn und Beppe beantragt worden, und leider war Beppe abgelehnt worden. Eine Woche später widersetzte sich der eifrige Staatsanwalt der Freilassung Roberts, indem er eine Kassationsbeschwerde einlegte, aber das Ganze wurde abgelehnt und für unzulässig erklärt.

Mitte Februar wurden die Ermittlungen eingestellt, und wiederholte Anträge auf Hausarrest für Beppe und Natascia wurden abgelehnt.

Mehr als ein Jahr nach den Verhaftungen wurde für den 22. Juni um 10 Uhr eine Voranhörung vor dem Gericht von Mailand anberaumt. Unter dem Vorwand des COVID und vor allem der Art des angefochtenen Verbrechens hätte sie sicherlich per Videokonferenz stattgefunden, wenn nicht die für die Fernverbindung vorgesehenen Räume wegen des Brandes, der Ende März mehrere Verhandlungssäle im Gerichtsgebäude zerstört hat, unbenutzbar wären. Natascia und Beppe können daher im Gerichtssaal anwesend sein, aber die Anhörung findet hinter verschlossenen Türen statt.
Die Hartnäckigkeit des Staates manifestierte sich während ihrer gesamten Inhaftierung in der Arroganz der Mailänder Staatsanwaltschaft und insbesondere des Staatsanwalts Basilone, der seit Jahren für Ermittlungen bekannt ist, bei denen er versuchte, Gefährt*innen unter jahrelanger Haft zu begraben, von den Prozessen wegen verschiedener Besetzungen, den Zusammenstößen bei der Räuming des ex cuem im Jahr 2013, den Ermittlungen wegen Verwüstung und Plünderung nach der No-Expo-Parade im Jahr 2015 bis zur Operation Prometheus.

Bei dieser letzten Untersuchung war die inquisitorische Allmacht Basilones durch die ständigen Ersuchen um die Überstellung der inhaftierten Gefährt*innen gekennzeichnet, um sie nicht unter dem Vorwand einer „potenziellen Beweismittelverschmutzung“ mit ähnlichen Individuen in Berührung kommen zu lassen. Die Überstellungen nach Sassari, Rossano, Piacenza und Pavia wurden in der Tat von ihm beantragt, der dann der Gefängnisverwaltung einen Freibrief gab, neue Gefängnisexperimente auszuprobieren und Beppe in den Abschnitt des Schutzgefängnisses in Pavia zu verlegen, wo Vergewaltiger, Berüchtigte und Kollaborateure der Justiz meistens eingesperrt sind. Darüber hinaus führte die Zensur der Korrespondenz, die 6 Monate dauerte, zu Verzögerungen, zum Verschwinden der Post und zu Schwierigkeiten bei der Kommunikation zwischen den Gefangenen und der Außenwelt.

Von Anfang 2019 mit den antianarchistischen Operationen Scintilla, Renata, Prometheus, mit den schweren Strafen, die aus dem Prozess gegen Scripta Manent resultierten, bis zu den beiden letzten Operationen, Ritrovo und Bialystok, zogen die Staatsanwälte pünktlich die Assoziationsanklage von 270 bis oder 280 für die konkreten Tatsachen zurück, indem sie ein lächerliches Wirrwarr von angeblichen Beweisen benutzten, um die Erfahrungen der Solidarität zwischen den Rebell*innen, direkte Aktionen gegen den Staat und seine Strolche, den Kampf gegen Gefängnisse in allen Formen zu beseitigen.
Der Staat legitimiert die ungeheure Gewalt, die er tagtäglich gegen Menschen ausübt, während er die Entschlossenheit jener Personen, als „Terrorismus“ abstempelt, die den Mut haben, nicht tatenlos zu zusehen und sich dieser vernichtenden Ordnung verweigern, in der das Gesetz der Gewalt und Ausflüchte herrscht.
Wir sind nicht an der Unterscheidung zwischen Schuldigen und Unschuldigen interessiert. Angesichts dieser auf den Kopf gestellten Welt, bekräftigen wir unsere Solidarität mit Natascia, Beppe und Robert, mit den Gefährt*innen, die vor kurzem bei den Operationen von Bialystok und Ritrovo verhaftet wurden, und mit all denen, die noch immer für die Operationen der vergangenen Jahre eingesperrt sind, und mit all den Einzelpersonen, die ohne Angst und ohne Kompromisse weiterkämpfen.

Einzelheiten zur finanziellen Unterstützung für die Gerichts- und Gefängniskosten von Natascia und Beppe:
– Postepay evolution
made out to Vanessa Ferrara
n° 5333 1710 9103 5440
IBAN: IT89U3608105138251086351095

– Postepay evolution
made out to Ilaria Benedetta Pasini
n° 5333 1710 8931 9699
IBAN: IT43K3608105138213368613377

ADRESSEN UM NATASCIA UND BEPPE ZU SCHREIBEN:

NATASCIA SAVIO
C/O C.C. SAN LAZZARO
STRADA DELLE NOVATE 65
29122 PIACENZA, ITALY

GIUSEPPE BRUNA
C/O C.C. DI PAVIA
VIA VIGENTINA 85
27100 PAVIA, ITALY

FREIHEIT FÜR NATASCIA UND BEPPE
FREIHEIT FÜR ALLE

